

# Der Vollzugsdienst

4-5/2012 - 59. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Die CESI – Unsere europäische Gewerkschaftsdachorganisation**

Ziel ist die Fortentwicklung des europäischen Sozialmodells

Seite 2

**BSBD Hessen erreicht bestes Wahlergebnis und ist bestimmende gewerkschaftliche Kraft**

Sieben von neun Sitzen gehen an den Bund der Strafvollzugsbediensteten

Seite 51

**Sparzwang und Haltlosigkeit: Die Doppelmoral der Politik – Für Beförderungen ist kein Geld da**

Das Land Sachsen-Anhalt spart und spart – vor allem beim Personal

Seite 92



## INHALT

### BUNDESVORSTAND

- 1 Auf ein Wort zu den Europaaktivitäten des BSBD
- 2 Die CESI – Unsere europäische Gewerkschaftsdachorganisation
- 3 Neues Europa nur mit starker sozialer Komponente
- 4 Anton Bachl: Wir brauchen eine bundesweite Strafvollzugsstatistik
- 4 Tarifpolitik: Gemeinsam noch besser
- 101 Freunde aus Italien waren wieder zu Besuch
- 107 Der Versuchsballon von Brandenburg

### LANDESVERBÄNDE

- 9 Baden-Württemberg
- 31 Bayern
- 34 Berlin
- 38 Brandenburg
- 44 Bremen
- 46 Hamburg
- 51 Hessen
- 59 Mecklenburg-Vorpommern
- 61 Niedersachsen
- 65 Nordrhein-Westfalen
- 80 Rheinland-Pfalz
- 84 Saarland
- 86 Sachsen
- 91 Sachsen-Anhalt
- 97 Schleswig-Holstein
- 98 Thüringen

Redaktionsschluss für die Ausgabe 6/2012:  
15. November 2012



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion  
 Gewerkschaft in Europa

- Bundesvorsitzender:** Anton Bachl, 94315 Straubing, Königreichweg 24
- Stellv. Bundesvorsitzende:** Petra Gerken-Wolf, 28359 Bremen, Carl-Krohne-Straße 19  
Wolfgang Jänicke, 06118 Halle, Wilhelm-Busch-Straße 38  
Friedhelm Sanker, 32052 Herford, Richard-Sprick-Weg 20 a  
Franz-Josef Schäfer, 54516 Wittlich, Fallerweg 9
- Schriftleitung:** Burghard Neumann, 14776 Brandenburg, Grüne Aue 19 a  
Tel.: 03381/660324 – Mobil: 0160/5088087  
E-Mail: [vollzugsdienst@bsbd.de](mailto:vollzugsdienst@bsbd.de)

#### Landesverbände

- Baden-Württemberg** Vorsitzender: Alexander Schmid  
Geschäftsstelle: 70182 Stuttgart, Moserstraße 26  
Tel.: 0711/2599871, Fax: 0711/2599872  
[bsbd.bawue@t-online.de](mailto:bsbd.bawue@t-online.de)
- Bayern** Vorsitzender: Anton Bachl  
94315 Straubing, Königreichweg 24
- Berlin** Vorsitzender: Thomas Goiny  
10629 Berlin, Mommsenstraße 58  
[mail@bsbd-berlin.de](mailto:mail@bsbd-berlin.de) – [www.bsbd-berlin.de](http://www.bsbd-berlin.de)
- Brandenburg** Vorsitzender: Willi Köbke  
12689 Berlin, Geraer Ring 7  
Geschäftsstelle: 14776 Brandenburg a. d. H., Grüne Aue 19 a
- Bremen** Vorsitzender: Werner Fincke  
JVA Bremen, Sonnemannstraße 2, 28239 Bremen  
Tel.: 0179/5478117
- Hamburg** Vorsitzender: Klaus Neuenhüsges  
22846 Norderstedt, Bunsengang 17  
Tel.: 0170/3590555, Fax: 040/5263505,  
[www.lvhs-hamburg.de](http://www.lvhs-hamburg.de) – [vorstand@lvhs-hamburg.de](mailto:vorstand@lvhs-hamburg.de)
- Hessen** Vorsitzende: Birgit Kannegießer
- Mecklenburg-Vorpommern** Vorsitzender: Helmut Halwachs  
18246 Bützow, Ziegelhofweg 4
- Niedersachsen** Vorsitzender: Uwe Oelkers  
37154 Northeim, Plessering 6
- Nordrhein-Westfalen** Vorsitzender: Peter Brock  
41236 Mönchengladbach, Friedhofstraße 118  
Geschäftsstelle: 40476 Düsseldorf, Ulmenstraße 23
- Rheinland-Pfalz** Vorsitzender: Winfried Conrad  
56112 Lahnstein, Rheinhöhenweg 6
- Saarland** Vorsitzender: Markus Wollscheid  
66687 Wadern-Morscholz, Dagstuhlerstraße 101
- Sachsen** Vorsitzender: Hans-Peter Mutscher  
01127 Dresden, Hammerweg 30
- Sachsen-Anhalt** Vorsitzender: Uwe Bülau  
JVA Halle III, 06118 Halle, Wilhelm-Busch-Straße 38
- Schleswig-Holstein** Vorsitzender: Michael Hinrichsen  
24837 Schleswig, Königswiller Weg 26  
Tel.: (d) 04621/809-500, Fax: (d) 04621/809504  
mail (d) [Michael.Hinrichsen@jasl.landsh.de](mailto:Michael.Hinrichsen@jasl.landsh.de)  
Tel.: (p) 04621/994200, Mobil (p) 0162/1005818  
E-Mail (p) [hinrichsen@bsbd-sh.de](mailto:hinrichsen@bsbd-sh.de)
- Thüringen** Vorsitzender: Gerd Schulz  
07958 Hohenleuben, Gartenstraße 4

Rundbrief des Landesvorsitzenden:

# Aktueller Stand zu Vollzugsfragen im Juni/August 2012

Schreiben an die Bediensteten des baden-württembergischen Justizvollzugs und an die BSBD-Mitglieder

## Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit diesem Schreiben, welches die Situation kurz vor den Sommerferien im Land wiedergibt, möchte ich Sie über einige der aktuellen politischen Entwicklungen in Baden-Württemberg informieren. Sicher ist Ihnen nicht verborgen geblieben, dass die sogenannte „Kommission für Haushalts- und Verwaltungsstruktur (KHV)“ mittlerweile ihre Arbeit aufgenommen hat.

Sporadisch werden zu den Sitzungen dieser Kommission, die das Ziel hat, Einsparpotentiale zu ergründen und deren konkrete Realisierbarkeit zu prüfen, auch die Verbände – wie z.B. der **BBW** – und die **ARGE-HPR** eingeladen.

Das große Ziel heißt „Konsolidierung des Landeshaushaltes“ angesichts der für das Jahr 2020 verfassungsrechtlich festgesetzten Schuldenbremse. Hier wird es gelten, den möglichen Versuchen der Politik, wiederum einseitige **Sparopfer** den Beamtinnen und Beamten aufzubürden, ein klares „NEIN!“ entgegen zu setzen.

Nun sind erste konkrete Sparvorschläge bekannt geworden, die als „Acht-Säulenmodell“ seit Anfang Juli 2012 durch die Presse geistern.

## Wesentliche Inhalte dieses Sparmodells sind:

- ➔ **Absenkung der Eingangsbesoldung:** Dies soll langfristig 25 bis 35 Mio. Euro erbringen.
- ➔ Alternative I: Befristete Absenkung um eine Besoldungsgruppe für neu eingestellte Beamte im gehobenen und höheren Dienst;
- ➔ Alternative II: Absenkung der Besoldung in den Eingangssämtern A9/A10 um 4 % und ab A 12 von 4 % auf 8 %.
- ➔ **Streichung der vermögenswirksamen Leistungen**
- ➔ Als „Sozialkomponente“ wird der mittlere Dienst ausgenommen;
- ➔ geschätzte Einsparung: 8,4 Mio.
- ➔ **Streichung der 10-prozentigen Zulage für freiwillige Weiterarbeit über die Altersgrenze hinaus** (zur Disposition);
- ➔ **Kürzung Beihilfe von 100 auf 70 %** bei zahntechnischen Leistungen: Keramik und Edelmetallen.
- ➔ **Kürzung Beihilfe bei Versorgungsempfängern mittelbar,**
- ➔ bei **Neueingestellten und Ehegatten** durchgängig nur 50 % – langfristiges Sparpotential: 170 Mio. Euro.

➔ BMS (Beihilfebemessungssatz) bei Kindern jedoch weiterhin 80 %.

➔ **Dynamisierung der Kostendämpfungs-pauschale** in Abhängigkeit von den Bruttojahresbezügen;

➔ **Anrechnung Renten** nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte auf die Versorgung;

➔ **Absenkung Einkommensgrenze** bei der Beihilfe für Ehegatten von 18.000 Euro auf 10.000 Euro.

➔ **Und im Herbst geht es dann auch um den möglichen Stellenabbau ...**

Der Landesvorstand des **Beamtenbundes Baden-Württemberg BBW**, dem ich angehöre, hat sich in seiner Sitzung am 19. Juli 2012 in Karlsruhe intensiv mit den möglichen Auswirkungen der Einsparvorschläge beschäftigt und den Plänen der Landesregierung, wiederum eine Sparrunde auf dem Rücken der öffentlich Bediensteten auszutragen, eine klare Absage erteilt.

Hier wird es sicher künftig zu einem „Tauziehen“ zwischen den verschiedenen Interessensgruppen innerhalb des **BBW** kommen. Ich werde versuchen, die berechtigten Anliegen des **BSBD** mit seiner mehrheitlich im mittleren Dienst befindlichen „Wählerschaft“ bestmöglich zu vertreten.

Die vergangenen Wochen haben auch zunehmend Unruhe rund um die anstehenden Entscheidungen zur kompletten Rückführung der **JVA Offenburg** in den vollstaatlichen Betrieb gebracht. Wir haben hierzu bereits im letzten **VOLLZUGSDIENST** („*Offenburg in Not*“) ausführlich berichtet.

Nun ist die lang erwartete Entscheidung der Landesregierung gefallen und der Privatisierung im Justizvollzug wurde im Kabinett die Kündigung ausgesprochen.

**Damit werden die langjährigen Bemühungen des BSBD belohnt und die zukünftigen Arbeitsplätze vieler Kolleginnen und Kollegen in den Justizvollzugsanstalten dauerhaft gesichert.**

Es wird unser Ziel sein, nun eine möglichst reibungslose und sozial verträgliche „Rückführung“ zu begleiten und zusammen mit den Verantwortlichen im Justiz-



Landesvorsitzender  
Alexander Schmid.

Foto: BSBD-BW

ministerium für unsere Kolleginnen und Kollegen die zu erwartenden Härten so gering wie möglich zu halten.

Dies wird auch und besonders wichtig werden bei den anstehenden **Schließungen der Justizvollzugsanstalten bzw. Außenstellen in Heidenheim und Heidelberg**. Unsere ersten Eindrücke von den Personalplanungen der Abteilung IV, präsentiert durch Herrn **MR Weik** im Rahmen einer

Tagung des **BSBD**, waren sehr positiv und geben berechtigt Anlass zur Hoffnung auf einen gelungenen Prozess der Schließungsabwicklungen.

Der im Raume stehende **Neubau einer JVA im Bereich Rottweil** im Rahmen des „Haftplatzentwicklungsprogramms 2015“ wird auch durch die neue Landesregierung weiter betrieben. Derzeit ist ein erneuter Suchlauf gestartet, den das **MFW** betreibt, um ein geeignetes Grundstück zu finden. Erste Ergebnisse werden im 4. Quartal 2012 erwartet. Wir sind auch hier natürlich mit „am Ball“.

Mein erklärtes Ziel in den letzten Monaten war auch, den Strafvollzug mehr in das Bewusstsein der politisch Verantwortlichen zu bringen. Daher habe ich mittlerweile mit allen **Strafvollzugsbeauftragten und Fraktionen** der im Landtag vertretenen Parteien Gespräche geführt.

Besonders wichtig war und ist es jedoch auch, dass Sie als Wählerinnen und Wähler den persönlichen Kontakt zu Ihren Wahlkreisabgeordneten suchen und Ihre Sorgen und Nöte an „den Mann oder die Frau bringen“. Hierzu haben die Ortsverbände in Heilbronn, Rottenburg, Freiburg und Mannheim bereits mit wichtigen und eindrucksvollen Aktionen beigetragen.

Erfreulicherweise kann ich auch berichten, dass die Bemühungen um einen erweiterten Zugang zum Internet für Vollzugsbedienstete nun Früchte tragen. Frau **Ministerialdirektorin Limperg** hat sich hierzu in einem Schreiben positiv geäußert. Wir erwarten nun mit Spannung die Umsetzung in den Justizvollzugsanstalten.

Das Jahr 2012 ist auch ein „**Jahr der Gewerkschaften**“. Es stehen im Herbst die Gewerkschaftstage des **BSBD-Landesverbandes Baden-Württemberg**, des **Beamtenbundes Baden-Württemberg BBW** und des **Deutschen Beamten-**

bundes dbb an. Im BBW wird Volker Stich wieder als Vorsitzender zur Wahl stehen und unsere Unterstützung erfahren. Im dbb tritt Peter Heesen nicht erneut an; hier wird ein neuer Vorsitzender zu wählen sein. Favorisiert werden derzeit Peter Dauderstädt (Vertreter von Heesen) und Rolf Habermann (Beamtenbundvorsitzender in Bayern).

Wie Sie sehen – liebe Kolleginnen und Kollegen – gibt es wahrlich viel Sprengstoff im derzeitigen politischen Umfeld des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg. Wir vom BSBD werden mit Ihrer Unterstützung versuchen, die Interessen des Strafvollzuges und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmöglich zu vertreten. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung durch die Mitgliedschaft im BSBD, die – wie ich denke – insbesondere auch durch die zahlreichen Mitgliedervorteile interessanter denn je geworden ist (nähere Informationen bei Ihrem Ortsverband).

Besonders danken möchte ich an dieser Stelle den vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BSBD in den Ortsverbänden, „ohne die wir als BSBD nicht das wären, was wir heute sind!“

Ihr  
Alexander Schmid  
(Landesvorsitzender)

## Ende der Privatisierung ist gekommen

Die Grün-Rote Regierung Baden-Württembergs hält Wort

**Die Strafvollzugsgewerkschaft BSBD freut sich, dass die baden-württembergische Landesregierung ihre Ankündigung im Koalitionsvertrag zum Ende der Privatisierung im Strafvollzug der JVA Offenburg nun auch in die Tat umsetzt.**

Der Vertrag mit dem privaten Dienstleister **Kötter** wird gekündigt werden, was zur Folge haben wird, dass das private Engagement von **Kötter** in der JVA Offenburg – immerhin fast 50 % des Personals – im Jahr 2014 endet. Die mit der Privatisierung verfolgten Ziele der Vorgängerregierung für die Vollzugsarbeit und vor allem für erhoffte Einsparungen wurden wohl nicht erreicht.

Nun werden unsere Kolleginnen und Kollegen, aber sicher auch die Zivilbevölkerung, mit großem Interesse die Rückführung des Strafvollzuges in den vollstaatlichen Betrieb verfolgen. Einem Zitat des Justizministers des Landes Baden-Württemberg **Rainer Stickelberger** folgend, handelt es sich „beim Strafvollzug um eine staatliche Pflichtaufgabe und nicht um eine Kür“. Der Landesvorsitzende des **BSBD Alexander Schmid** betont in diesem Zusammenhang, dass es vor dem Hintergrund eines qualitativ hochwertigen Strafvollzuges unerlässlich sei, nun auch die notwendigen staatlichen Stellen im Landeshaushalt zu schaffen. Durch den Auszug von **Kötter** seien in Offenburg jetzt **101 Stellen neu zu besetzen** und dies müsse die logische Konsequenz für das politische Handeln sein. Wegen der zweijährigen Ausbildung für den mittleren Vollzugsdienst sei für Neueinstellungen auch keine Zeit mehr zu verlieren. Wer im Strafvollzug als Kernaufgabe hoheitlichen Handelns an der ausreichenden Anzahl von qualifiziertem staatlichem Personal spare, der greife gegebenenfalls in die Sicherheit des Personals und der Inhaftierten, aber auch der Bevölkerung ein. Vor diesem Hintergrund warnt **Schmid** auch eindringlich vor weiteren Eingriffen in die ohnehin schon dünne Personaldecke im Strafvollzug des Landes.

**Keinesfalls darf sich die Politik dazu hinreißen lassen, Strafvollzug nur unter fiskalischen Gesichtspunkten sehen zu wollen. „Keine Sicherheit nach Kassenlage im Strafvollzug“, so der Landesvorsitzende Schmid abschließend in seinem Statement.**

## Beamtendarlehen ab

# 0,99%

**gibts bei uns nicht! Dafür aber die besten Konditionen für Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst!**

### Alles spricht für ein Beamtendarlehen über das dbb vorsorgewerk:

- ✓ Freier Verwendungszweck: z. B. für die Umschuldung bisheriger Kredite, Ausgleichen von Rechnungen oder Investitionskredit für größere Anschaffungen
- ✓ Darlehen von 10.000 € bis 80.000 €
- ✓ Flexible Laufzeiten: 12, 15 oder 20 Jahre
- ✓ Festzinsgarantie
- ✓ Höchsteintrittsalter 58 Jahre
- ✓ 100 % anonym (keine Datenweitergabe an Unberechtigte)
- ✓ 100 % Vertrauensgarantie
- ✓ Bestkonditionen für Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst\*

\* Erhalten Sie bei einem anderen Anbieter eine nachweislich günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen – bei gleicher Laufzeit inklusive Überschuss – als bei uns, schenken wir Ihnen einen 100 € Tankgutschein!

**Jetzt anrufen: 030/40 81 64 81** und unverbindliches Angebot abfordern!  
Oder E-Mail an [beamtenkredit@dbb.de](mailto:beamtenkredit@dbb.de)  
Mehr Infos unter [www.dbb-vorsorgewerk.de](http://www.dbb-vorsorgewerk.de)

10 Jahre

**dbb vorsorgewerk**  
günstig • fair • nah

Pressemitteilung der Landesregierung:

## Beendigung des teilprivatisierten Betriebs der JVA Offenburg

Privatwirtschaftliche Interessen und Gewinne dürfen im Justizvollzug keine Rolle spielen

**Der teilprivatisierte Betrieb der Justizvollzugsanstalt Offenburg wird nicht fortgesetzt, stattdessen werden in Zukunft alle Aufgabenfelder staatlich betrieben. Das hat die Landesregierung am Dienstag (17. Juli 2012) in Stuttgart beschlossen. Der Vertrag mit dem privaten Dienstleister wird fristgerecht zum Ende dieses Jahres gekündigt.**

Er läuft Ende Mai 2014 aus. Ab Juni 2014 liegen alle Aufgabenfelder in der JVA Offenburg in unmittelbarer staatlicher Verantwortung „Damit wird ein zentraler Punkt aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt: Privatisierung hat im Justizvollzug keinen Platz“, sagte Ministerpräsident **Winfried Kretschmann**, „denn dort wird massiv in die Grundrechte Einzelner eingegriffen.“

Justizminister **Rainer Stichelberger** erklärte: „Der Staat hat im Justizvollzug eine enorme Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit, aber auch gegenüber den Täterinnen und Tätern. Er sollte diese Aufgabe nicht an Private delegieren, wenn auch nur ansatzweise die Gefahr von Interessenkonflikten oder Zweifel an der gesetzestreuenden Aufgabenerledigung bestehen.“

Durch die Übernahme der bislang durch den privaten Dienstleister erbrachten Aufgaben entsteht für das Land ein zusätzlicher Personalbedarf von 101 Stellen. Dennoch müssen lediglich 37 neu geschaffen werden. Geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des privaten Anbieters soll dabei die Übernahme in den Staatsdienst angeboten werden. 64 Stellen können durch die Schließung der zwei kleineren Vollzugseinrichtungen in Heidenheim und Heidelberg erbracht werden, was aufgrund der gesunkenen Gefangenenzahlen möglich ist. Der Justizminister wies darauf hin, dass die Beendigung des teilprivatisierten Betriebs in der JVA Offenburg auf diese Weise nicht zu zusätzlichen Belastungen für den Staatshaushalt führe.

Der Justizvollzug ist nicht der einzige Bereich in der Justiz des Landes, in dem Aufgaben privatisiert wurden. Im Jahr 2007 wurde die Bewährungs- und Gerichtshilfe auf einen freien Träger übertragen. Anders als für den Justizvollzug steht für deren künftige Strukturen eine Entscheidung aber noch aus. „Bei der Bewährungs- und Gerichtshilfe wird weit weniger in die Freiheitsrechte Einzelner eingegriffen als im Justizvollzug“, erklär-

te **Stichelberger**. „Trotzdem werden wir die Arbeit des privaten Trägers genau prüfen.“ Eine umfassende und ergebnisoffene Evaluation läuft noch bis Ende 2013. Daran sind externe Gutachter der Universitäten Heidelberg und Frankfurt am Main beteiligt.

### Weitere Informationen zur Justizvollzugsanstalt Offenburg

Baden-Württemberg verfügt derzeit über 17 Justizvollzugsanstalten mit 24 Außenstellen, zwei Jugendarrestanstalten, ein Justizvollzugskrankenhaus, eine Sozialtherapeutische Anstalt mit Außenstelle sowie eine Justizvollzugsschule. Die JVA in Offenburg ist die neueste unter diesen Einrichtungen, sie wurde im Frühjahr 2009 als einzige teilprivatisierte JVA des Landes eröffnet. Vergleichbare Betriebsmodelle gibt es noch in der JVA

Hünfeld (Hessen) und in der JVA Burg (Sachsen-Anhalt).

In Offenburg kümmern sich die privaten Dienstleister überwiegend um die täglichen Versorgungsleistungen und um die Vermittlung sozialer, schulischer und beruflicher Kompetenzen.

Im Einzelnen gehört beispielsweise das Versorgungsmanagement mit Küche, Wäsche, Gefangeneinkauf und Telefonie zu den Aufgaben, außerdem die Gebäudereinigung sowie die Anleitung der Gefangenen dazu, das Betreuungsmanagement mit der medizinischen Versorgung, dem Sozialdienst, dem psychologischen Dienst, mit Freizeit, Sport, Schule, beruflicher Ausbildung und Arbeitstherapie.

Auch die Beschäftigung der Gefangenen in den Arbeitsbetrieben fällt in die Zuständigkeit der Privaten.

### Im Fokus: Die Justizverwaltung

## Keine Absenkung der Eingangsbesoldung

BBW im Gespräch mit dem Justizminister und der Amtsspitze

**Justizminister Rainer Stichelberger hat Verständnis für die ablehnende Haltung des BBW zu den gegenwärtig diskutierten weiteren Einsparmaßnahmen im öffentlichen Dienst, insbesondere für das klare Nein zur Absenkung der Eingangsbesoldung. Auch er betrachte eine solche Maßnahme mit großer Sorge, erklärte er im Gespräch mit BBW-Chef Volker Stich und seinem Stellvertreter Joachim Lautensack sowie Spitzenvertretern der BBW-Fachgewerkschaften aus dem Justizbereich. Stichelberger wies jedoch auch auf die Haushaltssituation hin, und dass auch sein Ministerium um jede Personalstelle kämpfen müsse.**

Der Zwang zum Sparen war immer wieder Thema der Unterredung, bei der es schwerpunktmäßig um die Stellen- und Personalsituation im Justizbereich, die Rücknahme der Teilprivatisierung im Strafvollzug, den elektronischen Rechtsverkehr sowie die Notariatsreform und die Reform der Grundbuchämter ging.

### Stellen- und Personalsituation im Justizbereich

Zu dem Gespräch hatte der Minister auch seine Amtschefin, Ministerialdirektorin **Bettina Limperg** sowie die Leiter der Abteilung I, **Dr. Andreas Singer**, der Abteilung IV, Ministerialdirigent **Ulrich Futter**, der Zentralstelle im Justizministerium, **Dr. Jörg Almendinger**, mitgebracht, die den Vertretern des BBW zu Sachfragen und dem Stand der laufenden Reformmaßnahmen Rede und Antwort standen. Zur Gesamtsituation äußerte sich zunächst der Justizminister. Frank und frei erklärte er, dass er einer Absen-

kung der Eingangsbesoldung äußerst kritisch gegenüberstehe: Der Wettbewerb um die besten Köpfe, die der Justizbereich brauche, könne so nicht gewonnen werden. Zudem ginge es bei einer solchen Maßnahme nicht allein ums Geld, sondern auch ein Stück weit um die Wertschätzung der Beschäftigten.

Bedauernd sagte **Stichelberger**, dass aufgrund von Stelleneinsparverpflichtungen im Zuständigkeitsbereich seines Ministeriums inzwischen viele Bereiche am Limit seien. Ministerialdirektorin **Limperg** präziserte die Misere: Im Entscheiderbereich, sprich bei den Richtern und Rechtspflegern, bestehe bereits eine Personalunterdeckung in Höhe von 10 bis 20 Prozent. Zugleich wies sie darauf hin, dass zusätzliche Stellen nur dann eine Chance auf Genehmigung hätten, wenn gleichzeitig ausgewiesen werde, wo an anderer Stelle Personal eingespart werden könne. Im Justizbereich verringere sich der Personalbedarf beispielsweise infolge

der Reform der Grundbuchämter. Dennoch gelinge es nicht, die Personalnot an anderer Stelle zu bereinigen. So habe man beispielsweise für die Sicherheit in den Justizgebäuden 150 Stellen für Justizwachmeister für die kommenden beiden Jahre beantragt, benötigt würden eigentlich 240.

Justizminister **Stickelberger** hat Wort gehalten und hat inzwischen die Weichen gestellt, um die Teilprivatisierung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Offenburg zurückzuführen. Der **BBW** begrüßt die Maßnahme.

### Bedenken wegen des Personalbedarfs in der JVA Offenburg

Im Gespräch mit dem Minister äußerte **BBW**-Chef **Stich** jedoch Bedenken, dass bei einem zusätzlichen Personalbedarf von 101 Stellen 37 neugeschaffene Stellen ausreichen werden. Der Minister wiegelte ab. Die Frage nach Mehrbedarf sei in das Haftentwicklungsprogramm eingebettet worden. So würden zwei kleinere Vollzugseinrichtungen in Heidenheim (2012) und Heidelberg (2014) geschlossen. Die Unterbringung der Gefangenen könne in umliegenden Haftanstalten erfolgen.

Dadurch würden auch Immobilien frei. Hinsichtlich des Personaleinsatzes habe es anfänglich Reibungen gegeben, inzwischen gebe es aufgrund einer Fragebogenaktion mehr Freiwillige für Offenburg als erforderlich.

Die Personalbewegungen erfolgen auch über Wechsel zu Vollzugsanstalten Ulm, Schwäbisch Gmünd und Schwäbisch Hall, ebenso werde es Abordnungen geben mit einer möglichst sozialen Umsetzung. Der Vorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (**BSBD**), **Alexander Schmid**, anerkannte in diesem Zusammenhang die geschaffene Transparenz und verwies auf einen Einsparbeitrag des Justizvollzugs in Höhe von 64 Stellen.

*(Damit seien jedoch die Personalprobleme im Justizvollzug keinesfalls behoben, insbesondere wenn an die Ausstattung der neu zu gestaltenden Sicherungsverwahrung und der JVA Offenburg für die Zeit nach endgültigem Abschluss der Privatisierung gedacht wird. (Red.)*

### Elektronische Justiz

Die elektronische Datenübermittlung ist inzwischen Alltag, die elektronische Steuererklärung fast schon Standard. Auch am elektronischen Rechtsverkehr führe aufgrund der allgemeinen Entwicklung kein Weg vorbei, sagte Ministerialdirektorin **Limperg**. Sie wies darauf hin, dass der Bund eine entsprechende Gesetzgebung für die Zivil- und Strafrechtspflege und

betonte, dass das Land bei diesen grundlegenden Veränderungen mitgestalten und Motor sein wolle. Deshalb habe das Land auch die Bundesratsinitiative zum elektronischen Rechtsverkehr gestartet. Diese Gesetzesinitiative sehe lange Übergänge vor (nach fünf Jahren Öffnungsklausel, nach zehn Jahren obligatorischer Rechtsverkehr im Zivilbereich). Zugleich



Sie trafen sich am 25. Juli zu einem Gedankenaustausch im Justizministerium (von links): Dr. Jörg Almendinger, Leiter der Zentralstelle im Justizministerium; Dr. Andreas Singer, Leiter der Abteilung I; Ministerialdirigent Ulrich Futter, Leiter der Abteilung IV; Justizminister Rainer Stickelberger; Ministerialdirektorin Bettina Limperg; BBW-Chef Volker Stich und sein Stellvertreter Joachim Lautensack; die Landesvorsitzenden Achim Müller, Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR), Alexander Schmid, Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) und Reinhard Ringwald, Deutsche Justizgewerkschaft (DJG).

Foto: BSBD-BW

unterstrich **Limperg**, dass es sich bei dieser Umstrukturierung um kein Stellen einspar- sondern ein Qualitätsprogramm handele, das auch bei Mitarbeitern und Entscheidern für Beschleunigung der Abläufe und Vereinfachung der Kommunikation Sorge.

Das durch den Wegfall von Arbeiten freierwerdende Personal werde für weitere Aufgaben qualifiziert. So sollen mehr wertige Stellen im Servicebereich geschaffen werden. Auf Nachfrage des Landesvorsitzenden der Deutschen Justizgewerkschaft (**DJG**) **Reinhard Ringwald**, der darauf hingewiesen hatte, dass von der Maßnahme im Rechtspflegerbereich einige Hundert Stellen betroffen seien, erklärte Ministerialdirektorin **Limperg**, dass eine Initiative zu Öffnungsklauseln im Rechtspflegergesetz beim Justizministerium in Vorbereitung sei.

### Ein Programm mit klaren Zielvorgaben ist sinnvoll

**BBW**-Vize **Lautensack** äußerte sich zustimmend zu der Initiative des Landes. Aufgrund seiner Erfahrungen im Polizeibereich unterstütze er den Weg in Richtung E-Justiz, wenn parallel dazu die Qualifizierung der Mitarbeiter erfolge. Auch **BBW**-Chef **Stich** hat gegen das Vorhaben generell keine Einwände. Er hält jedoch ein Programm mit klarer Zielvorgabe für sinnvoll, da bei den Beschäftigten, insbesondere bei denjenigen

mit Zeitverträgen, große Unsicherheit herrsche. Probleme im Zusammenhang mit der E-Justiz sprach der Justizminister an. Zwar stehe die junge Generation der E-Justiz aufgeschlossen gegenüber. Doch rund 850 Personen stünden in befristeten Arbeitsverhältnissen, was personalwirtschaftlich schwierig sei. Die Landesregierung habe daher eine Initiative gestartet,

die Landeshaushaltsordnung dahingehend zu ändern, dass für Beschäftigte in Elternzeit Leerstellen geschaffen würden und ein bestimmtes Kontingent, ein Drittel bis ein Viertel der Befristungen, für eine dauerhafte Besetzung vorgesehen würden.

### Notariatsreform und Reform der Grundbuchämter

Klarheit in der Standortfrage und klare Konzepte für diejenigen, die beim Land bleiben wollen, mahnte **BBW**-Chef **Stich** bei der Notariatsreform an. Zudem sei zu prüfen, ob eine Vorruhestandsregelung erforderlich würde.

Der Leiter der Abteilung I, **Dr. Singer**, signalisierte Entwarnung. Das Justizministerium habe in einer Umfrage belastbare Zahlen erhoben, die zur Grundlage der Verhandlungen mit dem Finanzministerium auch bezüglich Vorruhestandsregelungen gemacht würden.

Für diejenigen, die im staatlichen System verbleiben wollen, seien attraktive Folgeverwendungen möglich, im badischen Landesteil als Richter (110 bis 120 Personen), im württembergischen Landesteil als Bereichsrichter für die Bereiche Nachlass, Betreuung, Grundbuch.

Für den Wegfall der Beurkundungsgebühren werde eine Zulage diskutiert, hier stelle sich weiter die Frage der Ausgestaltung und Ruhegehaltfähigkeit. Die Ausschreibung für die Standorte werde

ab 2013 erfolgen; die Abteilungsbildung erst 2016. Bezüglich der Justizangestellten in den Notariaten habe sich derzeit eine geringe Wechselbereitschaft gezeigt; hier würden Qualifizierungsprogramme bei der Notarakademie aufgelegt.

Die Notare hätten jedoch beim Wechsel ins freie Notariat ein großes Interesse daran, ihre Beschäftigten „mitzunehmen“, sodass hier noch ein Spielraum bestehe.

### Evaluation der Bewährungs- und Gerichtshilfe

**BBW-Vize Lautensack** unterstrich in diesem Zusammenhang, dass für den **BBW** und seine Mitgliedsgewerkschaften die Servicekräfte im Fokus stehen. Hier

sollte zur sozialverträglichen Umsetzung der Grundbuchamts- und Notariatsreform frühzeitig eine Dienstvereinbarung mit dem Hauptpersonalrat entwickelt werden. Zur Evaluation der Bewährungs- und Gerichtshilfe erläuterte der Justizminister, der Koalitionsvertrag sehe eine ergebnisoffene Evaluation vor, die unter Beteiligung von Wissenschaftlern derzeit laufe.

Am Ende müsse auch ermittelt werden, in welchem Verhältnis der derzeitige Aufwand (8 bis 10 Millionen Euro/Jahr) mit den früheren Kosten und den möglichen Kosten bei einer Rücknahme in den staatlichen Bereich stehe, wo dann zuerst noch eine Rahmenstruktur aufgebaut werden müsse.

Haushalt auszubringen. Dies wird vom **BSBD** deutlich kritisiert! Die restlichen 64 Stellen sollen durch „Schließungsgewinne“ von Heidenheim und Heidelberg erzielt werden. Diese Rechnung kann nicht aufgehen, da der Rückzug aus der Fläche immer auch mit zusätzlichen personalintensiven Aus- und Vorfürhungen verbunden ist. Daneben müssen die weiblichen Gefangenen aus der JVA Heidelberg vermutlich in der Hauptanstalt Mannheim untergebracht werden, was dort ohne Personalmehraufwand nicht zu bewältigen ist. Insgesamt wird eine Wanderbewegung des Personals durch Umsetzungen in allen Anstalten entstehen. Wir können nur hoffen, so **Konrath**, dass dies wie im zurückliegenden Falle durch freiwillige Abordnungs- und Versetzungswünsche von Kolleginnen und Kollegen kompensiert werden kann. Zwangsmaßnahmen müssten auch im Anwärterbereich der allerletzte Ausweg bleiben!

Ein weiteres Problem ist die mit der Anpassung an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes verbundene Neuorganisation der **Sicherungsverwahrung** in den JVAen; dort habe man viel zu wenig Personal, gerade bei den mittleren Diensten, eingerechnet.

**Von den 17 Vollzugsanstalten des Landes sowie vom Vollzugskrankenhaus und der Sozialtherapeutische Anstalt waren örtliche Personalräte aus 16 Einrichtungen anwesend. In einer Vorstellungsrunde thematisierten sie ihre praktischen Probleme vor Ort und ihre Anliegen, die nachfolgend allgemein und nach Schwerpunkten zusammengefasst sind:**

- Eine stets wiederkehrende Schwierigkeit sind Engpässe beim Personal und dessen Einsatz infolge von Umstrukturierungen und Baumaßnahmen in den Anstalten. Gerade bei letzteren würde es zu Gefährdungen der Sicherheitslage kommen, die vorher nicht erkannt wurden und die nur durch Mehreinsatz von Personal kompensiert werden könnten.
- Notwendige Abordnungen seien oft unzureichend oder zugesagte kämen nicht zustande.
- Teilzeitkräfte würden häufig nur mit befristeten Verträgen ohne Übernahmeaussicht auf eine feste Anstellung beschäftigt. Man verlängere oder wechsle lieber aus als feste Zusagen zu machen.
- Ein großes Problem stellen in einigen Anstalten der hohe Krankenstand und sogenannte Dauerranke dar, deren Ersatz in der täglichen Arbeit zu enormen Belastungen bei den anderen Kolleginnen und Kollegen führen würde.
- In grenznahen Anstalten – aber auch sonst – sei die Aussicht, fähige und kompetente Nachwuchskräfte zu fin-

Umbrüche im Justizvollzug stehen an

## Örtliche Personalräte sind eine stabile Basis der Mitbestimmung und der Mitwirkung

Personalratschulungen durch den BSBD am 23. und 24. Juli 2012

### Erster Teil (23. Juli 2012)

Der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** begrüßt um 9.30 Uhr die anwesenden Personalräte, er stellt die Fortbildung im Einzelnen vor und erklärt die Tagungsinhalte. Er weist darauf hin, dass der baden-württembergische Beamtenbundvorsitzende **Volker Stich** zum ersten Mal an einer internen Veranstaltung des **BSBD** als Referent teilnehmen wird.

Der stellvertretende Landesvorsitzende **Georg Konrath** übernimmt das Wort, er erläutert die Organisation und skizziert die Ziele der Fortbildungstagung. Als erstes weist er auf die Umbrüche und anstehenden Entscheidungen im Justizvollzug hin, die hauptsächlich auf dem neuen Beschluss der Landesregierung – die Rückführung der JVA Offenburg in einen voll staatlichen Betrieb – beruhen.

Er zeigt sich erfreut, dass die neue Landesregierung Wort gehalten hat und die unsägliche Privatisierung – im Kernbereich der Inneren Sicherheit: dem Justizvollzug – zurücknimmt. Gleichwohl muss man sehen, dass alle Justizvollzugsanstalten und die Beschäftigten Einschnitte werden hinnehmen müssen, allen voran die **JVA Schwäbisch Gmünd** mit der Schließung der Außenstelle Heidenheim zum 15. August 2012 und die **JVA Mannheim** mit der Schließung der Außenstelle Heidelberg zum 31. März 2014. Der **BSBD** und der Hauptpersonalrat setzen sich mit Nachdruck für eine sozialverträgliche Umsetzung ein. Über die Regelung für die Versetzungswünsche werden derzeit noch Überlegungen angestellt. In der **JVA Offenburg** fallen 101 Mitarbeiter der **Firma Kötter** im Jahr 2014 weg. Die Landesregierung ist lediglich bereit, davon 37 neue Stellen im



Gespannt verfolgten die Anwesenden die Vorträge der Referenten.

Foto: BSBD-BW

den, mittlerweile sehr stark eingeschränkt; dies sei bei den Verdienstmöglichkeiten, die z. B. in der Schweiz um ein Vielfaches höher sind als bei uns, nicht verwunderlich.

- Gelobt und sehr anerkannt wurden die Bemühungen des **BSBD** und des **HPR**, bei den Personalnöten in bestimmten Anstalten durch Kooperation mit dem Justizministerium und mit dem Prinzip der Freiwilligkeit und der Kollegialität Abhilfe geschaffen und so Zwangsmaßnahmen – insbesondere auch für Anwärter – weitgehend vermieden zu haben.

Im Übrigen bekundeten Personalräte von sechs Vollzugseinrichtungen eine ausgesprochen gute Kooperation mit ihren Anstaltsleitungen, drei Personalvertreter sprachen vom krassen Gegenteil. Die anderen sieben verhielten sich in dieser Frage neutral.

**BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid** gibt krankheitsbedingte Fehlzeiten in einer Statistik von 2007 bis 2011 der JVA's in einer Powerpoint-Präsentation bekannt.

Der **BSBD** will zusammen mit dem Hauptpersonalrat dieses Thema in den politischen Raum tragen.

Der stellvertretende Landesvorsitzende **Konrath** stellt die praktische Zusammenarbeit des örtlichen Personalrats und der Stufenvertretung vor – ebenfalls in einer Powerpoint-Präsentation.

Einen Teil der Ausführungen übernimmt die Leiterin der Geschäftsstelle des Hauptpersonalrat Frau **Eble**; sie erläuterte den Ablauf der Einzelpersonalmaßnahmen und die Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle.

*(Beide Powerpoint-Präsentationen sind auf der **BSBD-Homepage** eingestellt und können dort abgerufen werden.)*

### **BBW-Vorsitzender Stich spricht zur aktuellen politischen Lage**

**Volker Stich** stellte sich zunächst vor: er ist ausgebildeter Gymnasiallehrer, war dann im Kultusministerium HPR-Vorsitzender und ist jetzt im neunten Jahr Vorsitzender des **Beamtenbundes Baden-Württemberg**. Bei dem im Dezember dieses Jahres stattfindenden Gewerkschaftstag werde er noch einmal für dieses Amt kandidieren.

**Die Hauptthemen seines Vortrags sind:**

- **Sparopfer:** Ziel der Regierung ist, die verfassungsmäßigen Vorgaben, ab



**Volker Stich.**

*Foto: BSBD-BW*

Landesregierung entschlossen, hier einen erheblichen Teil dieser Kosten einzusparen.

### **LPVG/AzUVO/Fachkräftemangel/ Privatisierung Strafvollzug**

Sein erster Besuch im Strafvollzug hatte ihn in die Justizvollzugsanstalt Mannheim geführt.

Dort ging es um die Handybenutzung. Er sei über das Verhältnis von Beamten zu Gefangenen vor allem im Nachtdienst überrascht gewesen und zollt seither den Beamten im Vollzug seinen höchsten Respekt.

- **LPVG:** Die letzte Gesetzesänderung der alten Regierung hatte den Mitbestimmungskatalog eingeschränkt. Die Forderung des **BBW**, die **ARGE-HPR** im Gesetz zu verankern, wurde nicht umgesetzt. Aber auch die neue Regierung hält sich hier noch zurück.

Der Personalrat soll die zentrale Stelle zwischen Mitarbeitern und Dienststellenleitung sein. Immer wieder ein großes Thema ist für den **BBW** auch die Freistellung der Personalräte. Er ging auf das Grundsatzurteil zur altersunabhängigen Gewährung von Urlaub ein.

Außerdem spricht er den Fachkräfte- und Nachwuchsmangel an. Weitere Verschlechterungen im Bereich des öffentlichen Dienstes werden natürlich bei den jungen, qualifiziert ausgebildeten Leuten Überlegungen auslösen, ob sie überhaupt in den Landesdienst eintreten sollen. Er zeigt sich überrascht, dass es auch im Bereich des mittleren Dienstes Abwanderungen in Richtung Schweiz gibt.

Der Kollege **Müller** aus der JVA Waldshut-Tiengen hatte darauf hingewiesen, dass dort Mitarbeiter in die Schweiz wechseln. Mitarbeiter der JVA Konstanz sprachen von vergleichbaren Problemen. *(Der gesamte Vortrag von **BBW-Vorsitzenden Volker Stich** liegt dem **BSBD** vor und kann bei der Geschäftsstelle angefordert werden.)*

*Ute Eble*

2020 keine neuen Schulden im Landeshaushalt mehr zu machen, stufenweise umzusetzen. Da aber das Land über 40 % seines Haushalts für Personalausgaben aufwendet, ist die

Zweiter Teil (24. Juli 2012)

## **Personalräteschulung**

Gespräch mit Oliver Weik

### **Schließung der Außenstellen in Heidenheim und Heidelberg**

Herr **Weik** berichtet, dass am 17. Juli 2012 der Kabinettsbeschluss zur Beendigung des teilprivatisierten Betriebs der Justizvollzugsanstalt Offenburg getroffen wurde. Damit mussten für die JVA Offenburg 101 Stellen, die bisher von der **Fa. Kötter** bedient wurden (und über den Sachmittelhaushalt finanziert sind) zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund der Haushaltskonsolidierung wollte das Finanzministerium, dass keine neuen Planstellen geschaffen werden sollten. Das Justizministerium bestand allerdings auf eine noch genau festzulegende Anzahl neuer Stellen. Hier wurde ein Kompromiss derart erzielt, dass 37 Planstellen (vorwiegend Sonderdienste und Werkdienst) neu geschaffen werden und 64 Stellen sich aus der Schließung der Außenstellen in Heidelberg und Heidenheim ergeben sollten. Die Schließung der Außenstelle Heidenheim soll



*Fotos: (3) BSBD-BW*

nach Möglichkeit Mitte August 2012, die der Außenstelle Heidelberg soll zum 31. Mai 2014 erfolgen. Die nach dem Haftplatzentwicklungsprogramm 2015 ohnehin vorgesehenen Schließungen der Außenstellen kommen in Betracht, weil die Gefangenenzahlen um 20% zurückgegangen sind.

### **Bisheriger Ablauf der Schließung der Außenstelle Heidenheim**

Es fand eine Dienstversammlung statt, in der die 21 Heidenheimer Kollegen angaben, in welche JVAen sie sich eine Versetzung vorstellen könnten. Nach Sichtung dieser Angaben wurde mit den betrof-



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

[www.1a-Beamtendarlehen.de](http://www.1a-Beamtendarlehen.de)

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



**0800-0404041**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
 Andreas Wendholt  
 Pralat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

fenen Kollegen noch ein persönliches Gespräch geführt, um die individuelle Anpassung optimieren zu können. Leider ließen sich aber Härtefälle nicht ganz vermeiden, so muss z. B. künftig ein Kollege eine Stunde und fünf Minuten Fahrzeit in Kauf nehmen um zu seiner neuen Dienststelle zu gelangen, womit sich dieser Kollege aber einverstanden erklärte.

### Guter Zeitpunkt für Versetzungswünsche

Allerdings setzt die derzeitige Planung voraus, dass sich genügend Kollegen und Kolleginnen aus den JVAen Ulm, Schwäbisch Gmünd und Ravensburg bereit erklären, sich insbesondere nach Offenburg versetzen zu lassen oder zumindest Abordnungen zu übernehmen. Hier ist die kollegiale Solidarität gefragt.

Überhaupt sei derzeit ein guter Zeitpunkt für Versetzungs- und Abordnungswünsche auch in andere Justizvollzugsanstalten im gesamten Land und diese seien ausdrücklich willkommen, weil sich dadurch neue Optionen ergeben könnten.

Insgesamt können auch nach heutigem Stand mindestens 17 Anwärter (davon mindestens neun vom derzeitigen

räten ausdrücklich gelobt. Zwangsmaßnahmen, obwohl beamtenrechtlich möglich, müssen in der Vollzugsfamilie die absolute Ausnahme bleiben. Auf die besondere Belastung der Anwärter weist Herr **Konrath** hin, die vor allem auch finanziell stark belastet werden, wenn sie ohne Reisekosten- und Trennungsgelder oder Umzugskostenvergütung weit weg von der Stammanstalt und ihrem Wohnort angestellt werden. Die Rückkehroption begrüßt er ausdrücklich, der **BSBD** und seine Vertreter im Hauptpersonalrat werden sich aber bei der Hausspitze dafür einsetzen, dass sich die Belastungen in Grenzen halten.

### Schließung der Außenstelle Heidelberg

Die Schließung der Außenstelle Heidelberg soll grundsätzlich nach dem gleichen Verfahrensmuster erfolgen. Hierbei treten allerdings zusätzliche Schwierigkeiten auf: Neben der höheren Anzahl von Bediensteten ist die Anzahl der in der Nähe liegenden Anstalten geringer. Ernsthaft in Betracht kommen wohl nur die Anstalten in Mannheim, Kislau und Bruchsal, eventuell noch Karlsruhe,

werber (z.B. ehemalige Anwärter) wieder in Ihre Stammanstalt zurückkehren möchten, stehen dann dienstliche Gründe dem entgegen.

Bedienstete einer sich in Auflösung befindlichen Außenstelle haben laut Herrn **Weik** keinen Rechtsanspruch auf Versetzung in die Stammanstalt. Vielmehr erfolge die Versetzung unter Berücksichtigung sozialer Gründe nach dienstlichen Belangen.

Bisher wurden bis Ende Juni 1.900 Bestellungen abgegeben und rund 34.000 Bekleidungsstücke ausgeliefert. Im Vergleich zur grünen Dienstkleidung ergeben sich Größenunterschiede. Um hier mehr Klarheit zu schaffen, soll eine Vergleichsliste vom Logistikzentrum erstellt werden.

### Neue (blaue) Dienstkleidung ist erheblich teurer geworden

Von den Personalräten wurde angemahnt, dass die blaue Dienstkleidung erheblich teurer geworden sei; teilweise hätten sich die Preise verdoppelt.

Der Landesvorsitzende weist darauf hin, dass der **BSBD** hier bereits tätig geworden sei und eine entsprechende Li-



Lehrgang) nicht an ihren Ausbildungsanstalten angestellt werden, es sei denn, sie sind in ihren Ausbildungsanstalten unverzichtbar. Ist ein Anwärter allerdings örtlich flexibel, wird er anderswo eine Beamtenstelle angeboten bekommen. Zudem erhält er eine Rückkehroption in die Ausbildungsanstalt, die „Wartezeit“ kann allerdings zwei Jahre, im Einzelfall auch mehr, betragen.

Die sechs befristeten Arbeitsverhältnisse in den JVAen Schwäbisch Hall, Schwäbisch Gmünd und Ravensburg werden nicht verlängert. Insgesamt sind von der Schließung der Außenstelle Heidenheim neben den 21 Heidenheimer Kollegen derzeit somit weitere 33 Bedienstete betroffen.

Die einfachere Lösung, die Heidenheimer Bediensteten direkt nach Offenburg zu versetzen, wurde zugunsten einer sozialverträglichen Lösung nicht beschränkt. Die wird von den anwesenden Personal-

Heilbronn und Adelsheim. Zudem wird die Außenstelle Heidelberg am 31. März 2014 geschlossen und zum 01. April 2014 muss das Personal in Offenburg zur Verfügung stehen. Dadurch wird ein weicher Übergang deutlich erschwert.

### Eine frühere Schließung scheidet aus

Eine frühere Schließung scheidet aus, da zuerst die in der Außenstelle Heidelberg inhaftierten weiblichen Gefangenen in der JVA Mannheim untergebracht werden müssen. Aufgrund der vorgesehenen Schließung in Heidelberg wird Herr **Weik** die Ausschreibungen der Funktionsstellen in den anderen oben genannten Anstalten auch in der JVA-Außenstelle Heidelberg bekanntgeben lassen. Versetzungsgesuche können jederzeit gestellt werden. Aufgrund der Schließungen können entsprechende Anträge abgelehnt werden. Wenn Versetzungsbe-

ste erstellt habe, aus der die erheblichen Preisunterschiede klar hervorgehen. Diese wurde bereits an das Justizministerium mit dem Ziel der Erhöhung des Kleidergeldes weitergegeben. Es wäre wünschenswert gewesen, jedem Bediensteten eine Grundausrüstung zur Verfügung zu stellen. Herr **Weik** wies darauf hin, dass das beim Finanzministerium nicht durchsetzbar gewesen sei. Ein Polohemd, wie bei den Justizwachtmeistern, gibt es derzeit noch nicht.

### Schutzbekleidung

Die Schutzbekleidungsverordnung gehört den aktuellen Verhältnissen angepasst. Hierzu soll in naher Zukunft eine Praxisanfrage erfolgen. Es wurde auch der Sonderfall Vollzugskrankenhaus angesprochen.

Hose und Kittel würden gestellt; Schuhe dagegen müssten dort derzeit privat finanziert werden. Der Hauptper-

sonalrat wird eine Umfrage bei den Personalräten des Vollzuges durchführen mit dem Ziel, den Bedarf für die Schutzbekleidung zu klären.

Das Thema soll dann im Rahmen des nächsten Arbeitsgruppentreffens der AG blaue Dienstbekleidung im Frühjahr 2013 vertieft werden.

### Höhere Schichtzulage

Dies sei eine politische Entscheidung mit erheblichen finanziellen Folgen; daher sei diese Forderung beim Beamtenbund wesentlich besser aufgehoben.

### Plötzlich auftretender personeller Notstand in der JVA Konstanz

Das Justizministerium Baden-Württemberg habe sofort hierauf reagiert und aus der JVA Ravensburg eine positive Antwort erhalten. In einer anderen JVA wäre eine Abordnung nur bei Widerruf des genehmigten Urlaubs möglich gewesen, was man nicht ohne nähere Prüfung anordnen wollte.

### Ausschreiben von Beförderungsstellen

Es wurde ein Fall aus der Praxis vorgebracht, in dem man sich bei der Vergabe der Beförderungämter nicht an die eigene Ausschreibung (nur Inhaber von entsprechenden Funktionsstellen) hielt. Dies sei für den Personalrat ein Grund, die Zustimmung zu verweigern. Grundsätzlich sollten Einzelbewertungen von Stelleninhaber nach A 9 im AVD vor einer Ausschreibung mit Zustimmung des örtlichen Personalrats erfolgen. Nur so ist klargestellt, wer überhaupt zum Bewerbungsverfahren zugelassen werden kann, neben dem über den Funktionsstellenkatalog hinaus bewerteten Stelleninhaber.

### Schicht- und Wechseldienst AV

Es besteht ein Bedarf in der Praxis, dienstfreie Tage im Anschluss an sieben Tage Dienst zu gewähren und nicht innerhalb dieser Zeit, wie es in § 11 Abs. 1 der Schicht- und Wechseldienst AV derzeit vorgeschrieben ist. Das Problem sei dem Justizministerium bekannt und dem Innenministerium mit dem Ziel einer Änderung der AzUVO bereits vorgetragen.

### Befreiung vom Nachtdienst

Eine Befreiung aus privaten Gründen ist grundsätzlich nicht zulässig, Lösungen vor Ort sind jedoch denkbar.

### Keine Beförderung nach A9 und A9 +Z im mittleren Verwaltungsdienst

Aufgrund des Urteils des BVerwG können derzeit keine Beförderungen in die Spitzenämter erfolgen, sondern es müs-

sen erst Funktionsstellenbewertungen erstellt werden. Dies gilt nicht nur für den mittleren Verwaltungsdienst, sondern für alle Laufbahnen ohne Funktionsstellenkatalog.

In diesem Zusammenhang sei es aber nicht richtig, dass das NOVA-Zentrum in Rottenburg für die dortige Verwaltung alle Beförderungsmöglichkeiten blockieren würde, denn für die JVA Rottenburg würde konsequent die Anzahl der Beförderungsstellen, die sich nach dem Verteilungsschlüssel ergeben würden, aufgerundet.

### Wann sind Anlassbeurteilungen möglich?

Nach den Beurteilungsrichtlinien sind Anlassbeurteilungen dann vorzunehmen, wenn der Bewerber im letzten Beurteilungszeitraum keine Regelbeurteilung erhalten hat. Das VG Freiburg, das nicht an die Beurteilungsrichtlinien gebunden ist, hat aber entschieden, dass Anlassbeurteilungen auch bei Beurteilungen, die älter als zwei Jahre sind, vorgenommen werden können, wenn sich die Leistungen seither erheblich verändert haben. Insofern besteht ein dringender Bedarf an einer Überarbeitung der Beurteilungsrichtlinien.

### Beurteilungsrunde 2012/Vorgaben des JM Baden-Württemberg

Das Justizministerium Baden-Württemberg sah sich mit folgenden Sachverhalten konfrontiert:

- 1) unterschiedliche Maßstäbe in den einzelnen JVAen
- 2) unterschiedliche Maßstäbe in den einzelnen Laufbahnen
- 3) Fehlen einer statusamtsbezogenen Beurteilung
- 4) Die unteren Skalenbereiche der Beurteilung (0-4,5) und die oberste (8) werden nicht oder so gut wie nicht vergeben.

Hier war eine vorsichtige Korrektur durch das Justizministerium Baden-Württemberg vorzunehmen.

### Abschlussrunde

Die Tagung hat sich nach übereinstimmender Meinung der Teilnehmer bewährt und ist – neben den Regionalkonferenzen – ein wichtiger, unverzichtbarer Baustein zur Information und Vernetzung der Personalräte im Vollzug, weshalb den Tagungsleitern von den Teilnehmern herzlich gedankt wurde.

Eventuell wäre es überlegungswert, die Tagung in Zukunft sogar dreitägig durchzuführen. Besonderer Dank gilt auch Herrn **Oliver Weik** und Herrn **Volker Stich** für ihr Mitwirken an dieser Tagung.  
*H. Guggenheim*

29. Juni 2012:

## Allerhand zu tun in Rottenburg

Fussballspiel um neu gestifteten Engelbert-Beller-Pokal

Am 29. Juni 2012 hatte der BSBD Rottenburg „Großkampftag“. Wurde am frühen Morgen der Tag noch mit dem normalen Dienst begonnen, folgte nach dem Kleiderwechsel um 9.30 Uhr eine lang geplante Anstaltsführung mit den Landtagsabgeordneten der Regierungsfractionen aus dem Landkreis Tübingen. Mittags war dann ein Pressegespräch mit dem Schwarzwälder Boten und dem Schwäbischen Tagblatt im Rottenburger Martinshof geplant. Enden sollte der Tag mit einem Fußballspiel gegen das Polizeirevier Rottenburg um den neu gestifteten Engelbert-Beller-Pokal. Viel Stoff an einem so schönen und heißen Tag – aber der Reihe nach.

Um 9.30 Uhr holten der Anstaltsleiter – Regierungsdirektor Weckerle – und der BSBD-Ortsverbandsvorsitzende **Hamacher** die Gäste an der Torwache der JVA Rottenburg ab. Frau **Haller-Haid** (MdL SPD), Herr **Lede Abal** (MdL Grüne) sowie der BSBD-Landesvorsitzende **Alexander Schmid** waren nahezu gemeinsam eingetroffen.

Die Führung konnte deshalb sogleich mit einem Blick in die Besuchsabteilung im Torwachengebäude beginnen. Zügigen Schrittes ging die kleine Gruppe dann zum Konferenzraum der Anstalt. Hier warteten mit **Anita Stoll**, **Brigitte Heyer** und **Stefan Draczkowski** bereits andere Mitglieder des BSBD-Ortsverbandsvorstands.

### Masterplan der Justizvollzugsanstalt vorgestellt

Bei Kaffee, Saft und Butterbrezeln machten sich die Teilnehmer miteinander bekannt. Herr **Weckerle** führte die Abgeordneten in die Besonderheiten der Anstalt ein und erläuterte den Masterplan der JVA, den die Anstalt bereits unter Herrn LRD **Williard** begonnen hatte aufzustellen. Interessiert fragten die MdL immer wieder nach und man gewann schnell den Eindruck, aufmerksamen und interessierten Besuch eingeladen zu haben.

Danach begrüßte auch **Hamacher** nochmals die Abgeordneten und gab seinerseits eine Einführung in die Thematiken, die den Ortsverband umtreiben. Zunächst aber ließ er Revue passieren, wie es zu dieser Einladung gekommen

war. Ausschlaggebend seien, so **Hamacher**, die Diskussionen im Januar und Februar dieses Jahres gewesen, als es um den (damals noch geplanten) Beitrag der Landesbeamten zur Konsolidierung des Landeshaushaltes ging. Die Abgeordneten **Haller-Haid** und **Lede Abal** hatte Hamacher damals zur Ortsverbandssitzung eingeladen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, den Kollegen persönlich zu erläutern, warum gerade sie – die Vollzugsbeamten in den mittleren Diensten – nicht von den Sparmaßnahmen ausgenommen werden könnten. (Der VOLLZUGSDIENST berichtete).

### Die Brennpunkte der Anstalt angesprochen

Nachdem Herr **Lede Abal** damals den Termin nicht wahrnehmen konnte, war eine erneute Einladung an beide Abgeordneten ergangen. Diesmal mit dem Ziel, ihnen den vollzuglichen Alltag etwas näher zu bringen und zu zeigen, welche verantwortungsvollen und belastenden Tätigkeiten – zu welchen Konditionen – erbracht werden.

**Hamacher** benannte „Brennpunkte“ der Anstalt. Die Ausstattung mit Lehrern und Psychologen z. B. könne für eine An-

schaftspolitisch notwendige höhere Frauenanteil im Personalbemessungsfaktor wiederfinden würden? **Hamacher** thematisierte deshalb die ungenügenden Möglichkeiten für eine geregelte Kleinkinderbetreuung genauso wie die Beförderungssituation im Verwaltungsdienst mit hohem Frauenanteil und fragte, wo die Relationen seien, wenn insbesondere Frauen nach über 30 Dienstjahren mit A 8 in Pension gehen müssten, aber gleichzeitig gut dotierte Stellen in den Ministerien neu geschaffen würden?

### Bedienstete haben oft noch weitere Qualifikationen erworben

Ungerechtigkeiten wurden auch benannt im Zusammenhang mit den Beschäftigten. Unterschiedlich hohe Gitterzulagen bei gleicher Arbeit seien inakzeptabel. Dem stimmten beide Abgeordnete spontan zu. Das Problem sei aber erkannt. Man sei dabei dies abzustellen. Dass die angestellten Bediensteten im AVD ihr vorgezogenes Ausscheiden mit einer privaten Altersabsicherung gegenfinanzieren müssen, war ihnen hingegen nicht bekannt. Dieser Punkt wurde durch die MdL zur Nachbearbeitung notiert. Überrascht zeigte sich Frau **Haller-Haid** von

für einen „Facharzt intramurale Medizin“. Zum Ende der Aussprache im Konferenzraum wurden noch die Themen bedrohte Gefangene, Subkulturen, Drogen sowie psychisch Kranke, ältere Gefangene, Vollzugsverweigerer, Arbeitsverweigerer angesprochen.

An dieser Stelle konnte auch noch einmal auf die Mehrfachbelastung des Werkdienstes als Arbeitstherapeuten, Umsatzgaranten und Vollzugsbedienstete hingewiesen werden.

Nach diesem wilden Ritt durch die Vollzugslandschaft ging es in die Realität. Besucht wurden ein altes Hafthaus aus wilhelminischer Zeit in dem Toilettenkabinen nachträglich eingebaut werden, ein speziell für bedrohte Gefangene eingerichteter Arbeitsbetrieb und ein Hafthaus, dessen Ursprung noch in der Zeit liegt, als Rottenburg zu Österreich gehörte.

### Abgeordnete wollen sich für geplanten Neubau einsetzen

Es stellte sich aber schnell heraus, dass dieses Gebäude eine ungleich bessere Bausubstanz vorzuweisen hat als die Arbeitsbetriebe aus den 1970ern, die danach besucht wurden. Nach einem



Pressegespräch bei drückender Hitze.

Fotos (2): BSBD-BW

stalt dieser Größenordnung nur als unzureichend bezeichnet werden. Hier sei es zwar besonders eklatant, aber man habe auch in den anderen Bereichen nicht feststellen können, dass sich die Umwandlung von einer Kurzstrafenanstalt in eine Langstrafenanstalt bei der Stellenzuweisung niedergeschlagen hätte.

Weiter stellte er die Frage, wie man Führungskräfte des Allgemeinen Vollzugsdienstes motivieren wolle, wenn in der Regel im zweiten Beförderungssamt das Karriereende erreicht sei? **Hamacher** wies dabei auf die demotivierenden Dienstpläne auf der 38,5 Std. Basis hin. Ferner wolle er wissen, wann sich die erreichten sozialen Errungenschaften wie Elternzeiten oder der gewollte und ge-



Justizvollzug und Polizeivollzug nach der Siegerehrung. Im Vordergrund der neue „Engelbert Beller Pokal“ mit den Urkunden.

der Tatsache, dass die Bediensteten des Krankenpflegedienstes neben der Pflegeausbildung auch eine Laufbahnprüfung Justizvollzugsdienst absolviert hätten und so multifunktional eingesetzt werden könnten. Nachdem oftmals noch weitere Qualifikationen erworben würden, könne sie nachvollziehen, dass sich der Vollzug mittelfristig anders aufstellen muss, wenn auch zukünftig qualifiziertes Personal gewonnen werden soll.

### Mehrfachbelastung des Werkdienstes angesprochen

Dasselbe gelte für den medizinischen Dienst. Herr **Hamacher** erläuterte deshalb kurz den gedanklichen Ansatz der BSBD-Fachgruppe medizinischer Dienst

Gespräch mit dem Betriebsleiter versprochen die Abgeordneten, sich dafür einzusetzen, dass der geplante Neubau dieses Teils der Anstalt nicht vom Finanzministerium noch in letzter Minute gecancelt wird.

Im anschließend inspizierten Zugangsbau konnte den Abgeordneten vermittelt werden, wie neu erstellte Gefangenenunterkünfte aussehen. Auch hier kam es, wie in den anderen Gebäuden, zu einem aufschlussreichen und sachlichen Austausch mit den Betriebs- bzw. Bereichsdienstleitern. Das setzte sich im letzten Teil der Besichtigung fort. Im Fachzentrum NOWA konnte wiederum unter Beweis gestellt werden, mit welcher Motivation und Professionalität die voll-

zugsspezifische Software durch Bedienstete der mittleren Dienste (MVD und AVD) programmiert und gewartet wird. Spätestens hier werde, so Frau **Haller-Haid**, der Nachweis erbracht, dass eine Privatisierung des Vollzuges eine politische und finanzielle Sackgasse sei. Zu diesen Konditionen könne kein Privater anbieten. Herr **Hamacher** gab den Abgeordneten deshalb den Rat, sich dafür einzusetzen, dass ein Teil des Differenzbetrages den Bediensteten zu Gute kommen sollte.

Am Ende verließen Frau **Haller-Haid** und Herr **Lede Abal** – mit den besten Wünschen der Anstaltsleitung versehen – die JVA, um mit dem **BSBD-OV-Vorstand** zum geplanten Pressetermin in den Rottenburger Martinshof zu eilen. Hier wurden sie schon von Chefredakteur **Fleischer** von der *Rottenburger Post/Schwäbisches Tagblatt* erwartet. Nach kurzem Kennenlernen sprudelte es nur so aus den Abgeordneten heraus.

### Gesprächsstoff in der großen Kreisstadt

Das gut einstündige Gespräch fand bereits am nächsten Tag einen prominenten Platz in der Lokalzeitung und sorgte für Gesprächsstoff in der großen Kreisstadt. Dieser Teil des Tages endete mit der Absichtserklärung aller, den Kontakt aufrecht erhalten zu wollen.

Mussten die Abgeordneten, der Landesvorsitzende **Schmid** und die Presse zu weiteren Terminen, galt es für den Ortsverbandsvorstand, sich auf das Fußballspiel gegen das Polizeirevier Rottenburg vorzubereiten.

Nach den Aufbauarbeiten war um 18.00 Uhr Anstoß in Rottenburg-Frommenhausen. Weil dieses Spiel nun seit Jahren schon eine gewisse Tradition hat und der Wanderpokal „**BSBD-Cup**“ im letzten Jahr in den Besitz des Polizeireviers gegangen war, hatte der **BSBD** Rottenburg diesmal eine neue Trophäe gestiftet: den „**Engelbert Beller Pokal**“, benannt nach dem Mitbegründer des Ortsverbandes im Jahre 1956 und dem ersten OV-Vorsitzenden, der im Jahre 2010 verstorben war.

### Das Polizeirevier gewann das Fussballspiel mit 5:2

Das fair und leidenschaftlich geführte Spiel gewann diesmal das Polizeirevier mit 5:2. Die Vorstandschaft grillte derweil Steaks und Rote Würste für die Zuschauer und später für die Spieler. Der schöne, aber anstrengende Tag endete in der Nacht in geselliger Runde. Beides, das Fußballspiel als auch die Kontakte zu Abgeordneten, werden eine Fortsetzung finden. *ham*

*Rottenburger Post/Schwäbisches Tagblatt vom 30. 6. 2012*

## Für das Gefängnis ist viel Geld erforderlich

Viele Eindrücke beim Gefängnis-Besuch gesammelt

**Rottenburg. Die Landtagsabgeordneten Rita Haller-Haid (SPD) und Daniel Lede Abal (Grüne) informierten sich im Rottenburger Gefängnis. Sie nahmen Aufgaben mit für ihre politische Arbeit.**

Beide Abgeordneten waren nicht zum ersten Mal in der Justizvollzugsanstalt (JVA), aber beide waren beeindruckt bei ihrem Besuch, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. **Detlev Hamacher**, Ortsverbandsvorsitzender Rottenburg des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (**BSBD**), und der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** hatten als Interessenvertreter das Wohl der 130 hiesigen Mitglieder im Sinn. Sie arbeiten in allen Bereichen des Strafvollzuges. Im März war **Haller-Haid** bei der OV-Versammlung und **Hamacher** hatte dies als „Ventil“ genutzt um klarzumachen, dass sich die „angeblich so willfähigen Beamten“ von der Politik schlecht behandelt fühlen. „Es hat gepöf“, bestätigte die SPD-Abgeordnete den Überdruck.

2005 wurde das Rottenburger Gefängnis zur Langstrafen-Anstalt erhoben, doch auf die Zuweisung entsprechenden Personals – Lehrer, Sozialdienste, Psychologen, Vollzugsbedienstete – warten die Kolleg(inn)en noch heute. Da die Landesregierung, acht Prozent im Haushalt einsparen will, hofft **BSBD-Landeschef Schmid**, dass es im Strafvollzug wenigstens nicht noch schlechter wird.

**Haller-Haid** sprach von schlechten baulichen Gegebenheiten, die ihnen gezeigt wurden. Das betreffe besonders die Arbeitsbetriebe. Es regne rein, und die Sicherheitsanforderungen würden nicht erfüllt. „Nichts ist besser geworden“, verglich **Haller-Haid** ihre Eindrücke mit denen früherer Besuche; „der Sanierungsbedarf ist sehr hoch.“

Wie moderner Strafvollzug aussehen müsse, sei am Zugangsgebäude zu sehen. Es wurde erst vor sechs Jahren errichtet. „Hotelzimmer sind das deshalb nicht“, sagte die Abgeordnete. Aber es gebe Türen an den Sanitäranlagen. **Lede Abal** erlebte den Strafvollzug „parallel wie früher und wie heute“, schlecht in den alten Gebäuden und modern im Zugangsgebäude, in dem Neuankömmlinge die erste Woche verbringen.

Ein Masterplan, wie das Gefängnis modernisiert werden sollte, liege vor, so **Haller-Haid** weiter. Anstaltsleiter **Matthias Weckerle** habe ihn gezeigt.

Die SPD-Frau versprach, sie werde mit dem Finanzminister reden, damit Geld für Neubauten innerhalb des Gefängnisses „im Doppelhaushalt 2013/2014 tatsächlich drinsteht“. Dringend erforderlich sei eine Sporthalle. Die gibt es im Rottenburger Gefängnis nicht. **Lede Abal** hat „großen Nachholbedarf“ erkannt, was etwa die Betreuung von Häftlingen nichtdeutscher Nationalität und straffällig gewordenen Flüchtlingen betrifft. Sozialbetreuung, Sprachkurse, Ausbildung – es fehle an allem, um diese Menschen vorzubereiten, nach ihrer Entlassung in der Gesellschaft Fuß zu fassen. **Haller-Haid**: „Ich war total erschüttert, dass es für 500 Gefangene nur einen Lehrer gibt!“ Selbst wer Deutsch sehr gut spreche, benötige Schulung für Ausbildung und Beruf. Da es in der Mehrzahl junge Leute sind, die einsitzen, sei Betreuung ganz wichtig.

**Haller-Haid** will sich auch für die Bediensteten stark machen. Es gebe noch immer keine Gleichbehandlung zwischen Beamten und Angestellten Beschäftigten im Gefängnis. Die sogenannte „Gitterzulage“, ursprünglich eine Gefahrenzulage, sei bei den Beamten höher. Da ist die Landesregierung laut **Haller-Haid** „schon dran“.

Neu sei ihr gewesen, dass die Arbeit von Ärzten im Gefängnis nicht auf die Facharzt-Ausbildung angerechnet werde, sagte **Haller-Haid**. Die „intramurale Medizin“ (Medizin innerhalb der Mauern) lohne sich nicht für junge Ärzte. Es wäre aber angenehm, wenn das Rottenburger Gefängnis von der Nähe der Tübinger Uni-Kliniken profitieren könnte.

**Daniel Lede Abal** lobte die Gefängnisleitung. Sie habe „ein klares Konzept, wie das Gefängnis weiterentwickelt werden soll“. Erstaunt habe ihn, dass so viele der Inhaftierten Arbeit haben. **Hamacher** bezifferte die Rate nach Abzug der Kranken und Kurzzeithäftlinge auf 98 Prozent. Das sei „auch im Land eine tolle Leistung“ und den Werkmeistern zu verdanken, die immer wieder Aufträge einwerben. Frauen, die im Vollzug arbeiten, seien wegen des Schichtdiensts besonders benachteiligt, berichtete **Haller-Haid**. Sie haben es schwer, ihre Kinder in Kitas unterzubringen.

Immerhin gebe es, wie Personalrätin **Brigitte Heyer** bestätigte, ein Projekt mit der Stadtverwaltung, um Kinderbetreuungsplätze für diese Gruppe zu schaffen. *Gert Fleischer*

Vom 17. bis 20. Mai 2012

## Mit dem Schiff auf Spree und Landwehrkanal unterwegs

„BEAFU Heilbronn“ zu Besuch in der Bundeshauptstadt Berlin – Beeindruckende Erlebnisse

An Christi Himmelfahrt um sechs Uhr in der Früh war es für 30 Kolleginnen und Kollegen (teilweise mit Partner) aus den Reihen der Beamtenfußballabteilung der JVA Heilbronn soweit: es war Abfahrt für eine viertägige Reise in die Bundeshauptstadt nach Berlin. Gegen Nachmittag war Ankunft am Hotel in Köpenick, so dass noch genügend Zeit war, selbstständig die nähere Umgebung zu erkunden.

Am Freitag begann das gemeinsame Programm mit der Fahrt zur Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Diese befindet sich an einem Ort, der wie kaum ein anderer in Deutschland mit der 44-jährigen Geschichte politischer Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR verknüpft ist. Auf dem Gelände einer ehemaligen Großküche im Nordosten Berlins wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein sowjetisches Speziallager errichtet. Nach der Schließung des Lagers im Oktober 1946 entstand im Keller des Gebäudes das zentrale sowjetische Untersuchungsgefängnis für Ostdeutschland. 1951 übernahm das Ministerium für Staatssicherheit das Gefängnis, erweiterte es 1961 durch einen Neubau und nutzte es bis 1989 als zentrale Untersuchungshaftanstalt. Tausende politisch Verfolgte waren an diesem Ort inhaftiert. Vor der Führung gab es zunächst eine etwa halbstündige filmische Einführung. Dabei ging es um die Geschichte des Haftgeländes und seine Rolle im System der politischen Verfolgung in der DDR.

In zwei Gruppen aufgeteilt wurde durch Zeitzeugen, die auch aus eigenem Erleben berichteten, durch die Anlage geführt. Stark beeindruckt von den unmenschlichen Unterbringungen, Verhörmethoden und Behandlungen endete der etwa zweistündige Rundgang im sogenannten „Tigerkäfig“. Hier wurde die Praxis des überwachten „Freigangs“ in einem ca. 3 m<sup>2</sup> großen und 4 Meter hochgemauerten Innenhof erklärt. Sehr beeindruckt vom Gesehenen und den



Die BEAFU Reisegruppe der JVA Heilbronn.

Foto: BSBD-BW

Berichten der Zeitzeugen war die Fahrt zum nächsten Höhepunkt der Reise sehr ruhig und besinnlich. Geplant war eine Stadtrundfahrt.

Die Überraschung für die Teilnehmer durch die Organisationsleitung unter Kollege **Lorenz** war geglückt, als er bekannt gab, dass ein gechartertes Schiff wartet und uns etwa drei unvergessliche Stunden auf Spree und Landwehrkanal bereiten wird.

Aus einem ganz anderen Blickwinkel vom Wasser aus, ging es unter anderem am Reichstag und dem Bundeskanzleramt vorbei. Weiter konnten die „Beamenschlange“ (ein geschlungenes Wohnhaus am Wasser), die Kongresshalle, Schloss Bellevue, die Schlossbrücke Charlottenburg mit Schloss Charlottenburg, die Museumsinsel und noch viele weitere Sightseeing-Highlights besichtigt

werden, während man von der Schiffscrew kulinarisch vorzüglich versorgt wurde. Ein hervorragend organisierter und durch gutes Wetter unterstützter Tag ging zu Ende.

Der Samstag wurde zur eigenen Gestaltung frei gestellt. Überwiegend ging man in kleineren Gruppen auf Entdeckungstour in die Berliner Innenstadt und zu den Hauptattraktionen, so dass man selbst in dieser Millionenstadt immer wieder aufeinander traf.

Während der Rückfahrt zurück zur JVA Heilbronn am Sonntag wurden die Reiseteilnehmer bereits über die Pläne zur nächsten Ausfahrt informiert, die uns 2015 nach Köln führen soll.

Ein besonderer Dank galt den Organisationsteam und dem Busfahrer **Rainer Bodemer**, die allesamt aus dem Kollegenkreis kommen. *Lars Rinklin*



Bei der Führung durch einen „Zeitzeugen“.

Foto: BSBD-BW



Der Reichstag vom Wasser aus.

Foto: BSBD-BW

## Wittlich erneut Fußballmeister der Justiz

JVA Offenburg sicherte sich einen respektablen 4. Platz

Die JVA Offenburg vertrat erstmalig in diesem Jahr als Landesmeister im Fußball, das Bundesland Baden-Württemberg bei der 13. Deutschen Fußballmeisterschaft am 15. und 16. Juni in Wittlich. Nach einer wunderschönen „Pfalz-Rundfahrt“ kamen wir alle unbeschadet am Spätnachmittag an unsrer Unterkunft in Trabern Trabach an. Nach dem Bezug der Zimmer ging es gleich weiter nach Wittlich, wo die Bundesversammlung der Bundesdeutschen Betriebssportgemeinschaften stattfand. Direkt nach dieser Bundesversammlung, erfolgte die mit Spannung erwartete Gruppenauslosung für die DM.

Wir wurden der Gruppe A mit weiteren fünf Mannschaften zugelost. Damit einer erfolgreichen Teilnahme nichts im Wege stand, fuhren wir nach der Auslosung zurück in unser Quartier, da der Spielertrainer **Carsten Junker** ab 22 Bettruhe verordnet hatte. In unserem ersten Spiel am Samstagmorgen um 9.00 Uhr mussten wir gleich gegen den Titelverteidiger und Gastgeber Wittlich antreten. Leider unterlagen wir trotz guter Leistung mit 0:2. In unserem zweiten Spiel stimmte nicht nur die Leistung, sondern auch das Ergebnis. Wir bezwangen den Vertreter aus Brandenburg leider nur mit 1:0, da zahlreiche sehr gute Chancen nicht genutzt wurden. Anschließend besiegten wir mit dem gleichen Ergebnis den sächsischen Landesmeister.

Nach einem Unentschieden gegen den Vertreter aus Ostdeutschland, die JVA Untermaßfeld aus Thüringen, konnten wir durch einen hart erkämpften 1:0 Sieg gegen die JVA Vechta (Niedersachsen) den überraschenden Einzug ins Halbfinale perfekt machen.

Aufgrund eines kleinen Kaders und einigen verletzungsbedingten Ausfällen hatten wir gegen den amtierenden Vizemeister JVA Saarbrücken mit 0:3 das Nachsehen. Im kleinen Finale um Platz drei unterlagen wir im Elfmeterschießen gegen die JVA Heinsberg aus NRW mit 2:4 und belegten einen guten vierten Platz. Das Finale gewann der Vorjahressieger Wittlich gegen Saarbrücken mit 2:0 und wurde verdient erneut Deutscher Fußballmeister der Justiz.

Für unsere erstmalige Teilnahme an einer Deutschen Meisterschaft können wir mit dem 4. Platz und vor allem mit der gezeigten Leistung sehr zufrieden sein.

Es war alles in allem eine sehr gelungene Veranstaltung, die von dem Gastgeber sehr gut organisiert war. Der Wettergott kommt allerdings nicht aus Wittlich, es regnete den ganzen Samstag komplett durch, was der guten Stimmung keinen Abbruch tat. Bedanken möchten wir uns bei allen die dazu beigetragen haben, dass die JVA Offenburg an dieser Veranstaltung teilnehmen konnte. *Markus Proske*

Mit 23 Teilnehmern im Emsland:

## Sie haben es wieder getan

BSG JVA Stuttgart nicht zu schlagen

Wenn etwas Großes unverhofft passiert, dann sind die Emotionen und Gefühle am schönsten. So hatten wir 2010 unseren ersten Deutschen Meistertitel umschrieben.



Der gewonnene Pokal ist der Stolz der Siegermannschaft.

Foto: BSBD-BW

Mit 23 Teilnehmern starteten wir ins schöne Emsland wo in Lingen die 34. Deutschen Volleyballmeisterschaften der Justiz ausgetragen wurden mit 36 Mannschaften im A-Turnier und 9 Mannschaften im B-Turnier.

Anders als bei vielen sonstigen Turnieren begann die Mannschaft ab dem ersten Spiel sehr konzentriert und motiviert. Unbeeindruckt von unserem, im Vorfeld des Turniers erlittenen Verletzungssorgen und dem fehlenden Training glaubte jeder an sein Können und unsere Stärken. Dadurch konnte der Sieg in der Vorrundengruppe 4 mit einer wunderbaren Leistung, besonders gegen die stärksten Mannschaften aus Berlin-Hackenfelde – Vorjahressechster – (14:10 und 14:11) und aus Leipzig – Vorjahresachter – (17:10 und 12:10), ohne Satzverlust besiegt werden. Nun war das erste Ziel erreicht und wir Stammheimer



Stehend von links nach rechts: Proske Markus, Nicole Frick, Heiko Gawantka, Totzke Boris, Marc Peterreit, Roland Riesterer, Thomas Tranzer, Stefan Kalischnigg, Stefan Flamm, Jens Krug, Robert Röttschke. Kniend von links nach rechts: Meik Hämmerlung, Simon Spinner, Benjamin Siefert, Boris Rexter, Björn Feger, Carsten Junker, Dieter Frank, Domenic Ehret. *Foto: Markus Proske*

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen **supergünstig**  
**5,27%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtdarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68158 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
Info@AK-Finanz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

standen in der Endrunde um die Plätze 1 bis 12. Jetzt sollte allerdings in einer absoluten Hammergruppe als erster Gegner der letztjährige Drittplatzierte aus Oldenburg warten. Wie bereits am Morgen spielte unser Team, auch dank einer gleichbleibenden überzeugenden Leistung, den dominanten Volleyball welchen wir uns selbst erhofft hatten. Damit konnte Oldenburg beeindruckt und 14:5, 11:8 geschlagen werden. Anschließend konnten die beiden Spiele gegen Celle und Stendal gewonnen werden. Im vorentscheidenden Spiel um den Endrundengruppensieg hieß unser Gegner Berlin-Tegel (Vorjahresvierter).

### Fanblock mit zwei nimmermüden Trommlern

Hier sollten wir das erste Mal Nerven zeigen. Den ersten Satz 14:10 gewonnen, fehlte uns im zweiten Satz die Konzentration und so ging dieser Satz 12:10 an Berlin. Da wir im letzten Endrundenspiel die Mannschaft aus Ravensburg klar

Platz belegt hatte, und damit war unser Fanblock aus den eigenen Reihen auf 16 Leute angewachsen.

Die Ansage für unser Team war klar, nach einer solchen überzeugenden Turnierleistung muss dieser Tag mit einem Finalerfolg abgeschlossen werden. Unsere Fans machten die Halle zum Hexenkessel und wir Spieler gaben die Welle der Begeisterung mit unserem überragenden Spiel im ersten Satz zurück. Mit dem gedanklichen Sieg des Finales spielten wir eine lange Phase des zweiten Satzes schlecht und mussten, trotz einer Steigerung am Ende des Satzes, diesen abgeben.

Jetzt musste eine Reaktion gefordert werden, gepaart aus Trotzreaktion und dem Abrufen der maximalen Leistungsstärke. Der entscheidende dritte Satz begann ausgeglichen, jedoch stand es 13:12 gegen uns. Jetzt nahmen wir eine Auszeit und in einer unmissverständlichen Ansprache ging unser Spielercoach **Kai-Uwe Hollmann** jedem Mitspieler direkt in den Kopf. So erzwangen wir den Aus-

Feier begann und im Anschluss fuhren wir mit dem Bus zur Abendveranstaltung mit Siegerehrung. Als unser gesamtes Team durch die Reihen der stehenden 400 Gäste unter tobendem Applaus zur Bühne marschierte, und die Trophäe entgegen nahm gab es kein Halten mehr.

Ausgelassene Freude und grenzenloser Jubel innerhalb der Mannschaft war der Anfang einer langen Nacht in der wir eine wahrhaft meisterliche Party feiern konnten.

### Empfang durch unserer Anstaltsleiterin Frau Grimm

Ein paar Stunden später rollten unsere Busse wieder Richtung Ländle an Bord ein müder aber durchweg glücklicher Deutscher Meister 2012.

Die erste Würdigung unserer Leistung nach unserer Rückkehr erfolgte bei einem Empfang unserer Anstaltsleiterin **Frau Grimm**. In ihrer kleinen Ansprache voller Anerkennung fasste Sie unsere Gedanken und Gefühle sehr gut zusam-



Leidenschaft, Glück, Kampfegeist und Willensstärke haben den zweiten Titel Deutscher Justizvolleyballmeister gebracht.

Fotos: (2) BSBD-BW

schlagen konnten, zogen wir mehr als verdient mit nur einem abgegebenen Satz in zehn Spielen in das Finale ein. Dabei hatte einen großen Anteil unser lautstarker Fanblock mit zwei nimmermüde werdenden Trommlern. Im Finale hieß unser Gegner der Vorjahressieger aus Waldeck. Waldeck hatte sich über eine leichtere Vorrundengruppe und nach ihren Aussagen auch einfachere Endrundengruppe in das Finale gespielt. Unsere größeren Anforderungen in den vergangenen Spielen sollten uns im Finale noch helfen. Aber erst begann eine lange Zeit des Wartens und so schossen uns viele Gedanken auch in der Erinnerung an 2010 durch den Kopf. Pünktlich zum Finale kam auch unsere 2. Mannschaft, die in einem separaten Turnier den 8.

gleich und konnten mit einem erstklassigen Block den Finalsieg mit 15 zu 13 klarmachen.

Nach dem letzten Punkt war der endlosen Freude und den Emotionen, Tränen und Umarmungen keinerlei Grenzen gesetzt. In den Reihen unserer Fans ließen wir unserem Glück freien Lauf. Es dauerte lange an diesem Abend, bis jeder begriffen hatte, was wir nach dem ersten Sieg in Berlin 2010 erneut vollbracht hatten, **wir sind zum zweiten Mal Deutscher Meister.**

### Ausgelassene Freude und grenzenloser Jubel

Nach einer Bierdusche und dem Siegestiefel in der Sporthalle ging es zurück zum Hotel wo beim Abendessen unsere

men, sprach von Leidenschaft, Glück, Kampfegeist und Willensstärke. Alle diese Punkte haben uns am 5. Mai 2012 den zweiten Titel Deutscher Justizvolleyballmeister gebracht.

Auch die Bezirksbürgermeisterin **Frau Korge** wird zu Ehren unseres Teams einen Empfang im Bezirksrathaus Stammheim geben, darauf sind wir sehr gespannt und freuen uns auch auf die Anerkennung des Deutschen Meisters im Stadtteil Stammheim.

Gratulation an die Mannschaft mit **Yvette Ortlepp, Daniel Beck, Kai-Uwe Hollmann, Patrick Kargut, Renè Klammar, Andreas Ortlepp** und **Andreas Sülzer**, sowie der herzliche Dank an die mitgereisten Fans für ihre wahrhaft meisterliche Unterstützung. *Andreas Ortlepp*

**Beim Lesen der „Info vom Bayerischen Beamtenbund“ (BBB) fragt sich der brave baden-württembergische Landesbedienstete, was um alles in der Welt machen und können denn die Bayern besser als unsere Regierenden hier?**

Kabinettsbeschlüsse zum Doppelhaushalt 2013/2014

## BBB: Ein beachtliches Paket – aber mit Spielraum!

Söder gibt Ausblick für die Einkommensrunde 2013

**Der Entwurf der Staatsregierung für den Doppelhaushalt 2013/2014 steht. Er erfüllt viele unserer Forderungen – bleibt allerdings in Teilbereichen dahinter zurück. Die Landtagsabgeordneten werden im Rahmen ihrer Beratungen gefragt sein, hier nachzubessern. Zur Einkommensrunde 2013 hat Finanzminister Dr. Markus Söder bereits zugesagt: Das Tarifergebnis für die Beschäftigten des Landes (TV-L) wird ohne Abstriche auf Beamte in Bayern übertragen. Vieles wurde von der Presse in ihrer Berichterstattung nicht aufgegriffen. Nachfolgend eine vollständige Zusammenfassung.**

### Neue Stellen

Insgesamt wurden im Doppelhaushalt 2013/2014 circa 2.000 neue Stellen eingeplant, die sich wie folgt verteilen:

- 1.309 Stellen im Schulbereich
- 100 Stellen für das Wissenschaftsministerium; im Jahr 2015 zusätzlich 400 Stellen
- 100 Stellen für die Polizei
- 200 Stellen für neue Betriebsprüfer
- 226 Stellen in der Justiz
- 40 Stellen für das Umweltministerium
- 18 Stellen im Bayerischen Landtag
- 8 Stellen für das Wirtschaftsministerium
- Keine Stellen für Verfassungsschutz, Betreuungsgeld und Staatskanzlei

Die Verteilung obliegt den jeweiligen Ressorts innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs. Soweit hier besondere Anforderungen bestehen, können die **BBB**-Fachverbände über die jeweiligen Hauptpersonalräte aktiv werden. Bedauerlich ist, dass manche Bereiche trotz Aufgabenmehrung ohne bzw. mit zu wenig zusätzlichen Stellen auskommen sollen (vgl. z. B. Betreuungsgeld oder allgemeine innere Verwaltung).

### Beförderungen zum 1. Juli 2013

Es werden insgesamt 45 Millionen Euro im Rahmen des Doppelhaushalts 2013/2014 für die Beförderung, das zentrale Leistungselement, zur Verfügung gestellt. Diese werden gemäß der Zahl der Beschäftigten wieder hälftig auf den Schulbereich und die anderen Beamtenbereiche aufgeteilt und erfolgen alle zum 1. Juli 2013. Gerade bei diesem Punkt hat es härtester Verhandlungen bedurft – die Beförderungen sollten noch später und teilweise weit in das Jahr 2014 geschoben werden. Auch das Volumen war (und ist) ein streitiger Punkt. Von den für die Dienstrechtsreform insgesamt zugesagten Stellenhebungen im Umfang von 240 Millionen Euro standen noch 60 Millionen aus.

### Leistungsprämie/-zulagen/Stufenaufstieg

Die Aussetzung der Leistungselemente wird zurückgenommen. Damit kann das Neue Dienstrecht endlich mit Leben erfüllt werden. Die Gesamtmittel werden leicht gekürzt.

### Wiederbesetzungssperre

Ab dem 1. Januar 2013 wird die Wiederbesetzungssperre von 12 Monaten auf 3 Monate reduziert. „Altsperren“ die bereits mindestens drei Monate laufen, enden ebenfalls zu diesem Termin. Ein weiterer wichtiger Schritt bei der – längst überfälligen – Betonung des Leistungsgedankens im Neuen Dienstrecht.

### Absenkung der Eingangsbesoldung

Zum 1. Mai 2013 wird die Absenkung der Eingangsbesoldung zurückgenommen. Dies ist ein wichtiges Signal für alle jungen Beamtinnen und Beamte.

### Reduzierung der Arbeitszeit

Es bleibt wie geplant bei der Rückführung der Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden in zwei Schritten.

Ab 1. August 2012 arbeiten alle Beschäftigten unter 60 Jahre eine Stunde weniger, ab 1. August 2013 erfolgt eine weitere Reduzierung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde für alle unter 50-jährigen.

### Weitere Verbesserungen

Beschlossen wurde auch eine durch die Rechtsprechung veranlasste Verbesserung bei der Professorenbesoldung. Details stehen hier allerdings noch nicht fest.

Auch im Bereich des Tarifvertrags der Länder (TV-L) sind für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Stellenhebungen eingeplant. Auch hier stehen die Einzelheiten noch nicht fest.

Zudem wird es im Rahmen des weiterhin laufenden Reformprogramms „Verwaltung 21“ weitere Stellenhebungen geben. Hier empfehlen wir mit den entsprechenden Hauptpersonalräten ins Gespräch zu treten.

### Ausblick: Einkommensrunde 2013

Finanzminister **Dr. Markus Söder** hat beim CSU-Sommerempfang für den öffentlichen Dienst angekündigt, dass der Tarifabschluss des Jahres 2013 im Bereich der Arbeitnehmer des Landes (TV-L) ohne Abstriche auf Beamte in Bayern übertragen wird. Entsprechende Mittel seien im Haushalt 2013/2014 eingestellt.

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**  
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,  
**seit über 35 Jahren.**



**Beamendarlehen supergünstig**  
**5,27%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
Info@AK-finan.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.



Roswitha Löffler, Alexander Throm und Anja Walz im Gespräch mit Thomas Stuntz (in Uniform) und Wolfgang Neureuther.

Foto: BSBD-BW



In den Werkbetrieben wurden die hergestellten Produkte vorgestellt. Im Bild die Gruppe bei der Besichtigung der Schreinerei.

Foto: BSBD-BW

## MdL Alexander Throm von der CDU besuchte JVA Heilbronn

Das Interesse der Politik am Strafvollzug besteht

Nachdem die Vertreter der regierenden SPD-Fraktion der Einladung des BSBD-Ortsverbandes Heilbronn gefolgt waren und am 4. Mai 2012 die Anstalt besucht hatten, konnte nun der Oppositionsabgeordnete der CDU, Alexander Throm, am 16. Mai 2012 begrüßt werden. Mit dabei waren aber auch Mitglieder des CDU-Stadtrates aus Heilbronn. Wie auch bei dem Treffen davor, wurden die Gäste durch die Anstalt geführt, um sich einen Eindruck von der Arbeit der Strafvollzugsbediensteten zu machen.

Es gab direkten Zugang zu den Hafräumen und den Freizeiträumen der Gefangenen. Hier wurden auch die Problematik des alten Gebäudes und die Notwendigkeit eines neuen Hafthauses sichtbar. Die Umsetzung der menschenwürdigen Unterbringung ist im Gebäude von 1870 nicht ohne weiteres machbar. Unter der **CDU-FDP Regierung** wurde eine neue Küche gebaut und das alte Küchengebäude abgerissen. Hier sollte das neue Haftgebäude entstehen, welches aber nach dem grün-roten Wechsel aus Kostengründen vorerst eingestellt wurde. Wie aber der **BSBD-OV** Vorsitzende **Thomas Stuntz** berichtete, soll noch dieses Jahr der Rohbau stehen.

In den Werkbetrieben wurde die Gefangenearbeit und die Produkte vorgestellt. Dies war auch eines der Hauptthemen beim anschließenden Diskussionsforum.

Die Denkschrift des Landesrechnungshofes kritisierte einige unwirtschaftlichen Betriebe, ohne den Gesetzauftrag der Gefangenenbeschäftigung angemessen zu berücksichtigen. Es muss im Interesse der Öffentlichkeit sein, dass entlassene Straftäter wieder in die Gesellschaft integriert werden können und straffrei durch ehrliche Arbeit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Das Erlernen von strukturierten Tagesabläufen und die Annäherung an eine berufliche Beschäftigung müssen größtenteils erst erlernt werden. Dass dadurch auch noch Produkte entstehen, die gut vermarktet werden können, ist ein zusätzlicher Bonus, der die Kosten niedrig hält. Die Politik ist gefordert,

jegliche Einschnitte in dieses System zu verhindern.

Nun kommen zu der schweren Arbeit mit verurteilten Straftätern auch noch die einseitigen Sparmaßnahmen bei den Beamten, nur um grün-rote politische Ziele durchsetzen und diese bezahlen zu können.

Beim CDU-Abgeordneten **Alexander Throm** stieß man hier auf offene Ohren. Die Kollegen und Kolleginnen des Justizvollzugs sind gegenüber dem Staat zur besonderen Treue verpflichtet und

werden und nicht – wie nun geschehen – noch finanzielle Einschnitte aufbürden.

Der Landtagsabgeordnete spricht aber auch die Pensionskasse an. 2008 wurden 500 Millionen Euro in einen extra geschaffenen Pensionsfond einbezahlt. In den zwei Folgejahren war dies durch die zu bewältigenden Wirtschaftskrisen nicht möglich. Obwohl nun in den Jahren 2011 und 2012 Milliarden an höheren Steuereinnahmen flossen, konnte die neue Regierung kein Geld in den Fond einzahlen. Dann aber von einer Pensions-

last zu sprechen, ist ebenfalls ein harter Schlag für die Beamten, die lebenslang ihren Dienst für den Staat verrichtet haben.

Weitere Themen wurden in angenehmer Atmosphäre besprochen. **Alexander Throm** dankte im Namen der CDU-Fraktion für die Einladung und die



Teilnehmer der Diskussionsrunde. CDU: Alexander Throm, Roswitha Löffler, Karl-Heinz Kübler, Anja Walz, Natalie Schiefer und Diana Seifert. BSBD: Thomas Stuntz, Wolfgang Neureuther, Lars Rinklin, Werner Gemmrich, Helmut Fietz und Uwe Schnabel.

Foto: BSBD-BW

mit hoheitlichen Aufgaben betraut. Sie bilden mit weiteren wenigen Berufsgruppen (wie z.B. Polizei) den Kern der Beamtenschaft. Diese stellen mit ihrer leistungsstarken Arbeit einen Grundpfeiler für den funktionierenden Staat dar. Solcher Einsatz muss auch richtig entlohnt

Einblicke in die Justizvollzugsanstalt, die nur zehn Gehminuten vom Heilbronner Rathaus entfernt ist. Nur wer den Strafvollzug und seine Probleme kennt, hat dann auch bei politischen Entscheidungen die nötigen Informationen und Argumente zur Hand.

Lars Rinklin

Arbeitsgruppe allgemeiner Vollzugsdienst

## Eine Besichtigung der JVA Ravensburg stand auf dem Programm

Tagung am 27. April 2012 in Langenargen am Bodensee

Am 27. Mai 2012 traf sich die Arbeitsgruppe Allgemeiner Vollzugsdienst (AG AVD) zur ersten Tagung für dieses Jahr. Ab 9.30 Uhr stand eine Besichtigung der JVA Ravensburg auf dem Programm. Hier wurden wir vom stellvertretenden Vollzugsdienstleiter – Kollegen Beck – begleitet und hatten verschiedene Gelegenheiten, direkt vor Ort mit Kollegen und Kolleginnen in Kontakt zu kommen. Nach dieser sehr interessanten und umfassenden Führung fuhren wir zu unserem Tagungsort nach Langenargen am Bodensee.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen führten wir unser Tagungsprogramm mit einem Vortrag des Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** fort. Schwerpunkte hierbei waren der **Sparkurs der Landesregierung** und auch die Reaktionen der Verbände, aber auch einzelner Kollegen und Kolleginnen. Es wäre in diesem Zusammenhang wünschenswert, wenn diese keine Einzelfälle wären bzw. blieben, sondern sich weitere Aktionen anschließen würden. Der Landesregierung muss noch deutlicher gemacht werden, dass weitere Einschnitte in der Besoldung oder Versorgung auf keinen Fall hingenommen werden können.

Ein weiteres Thema war natürlich auch die **neue blaue Uniform**. Hier wurden die ersten Erfahrungen geschildert. Auch die teilweise erheblichen Kostenanhebungen bei der Beschaffung wurden angesprochen. Bis 2013 besteht die Möglichkeit, weitere Erfahrungen, Verbesserungsvorschläge etc. an die AG AVD heranzutragen; wir werden diese dann entsprechend an die zuständigen Stellen weiterleiten. **Als weitere Punkte kamen besonders die Beurteilungsrunde 2012, das Haftplatzentwicklungsprogramm 2015,**

**die Umsetzung der VWV Schicht- und Wechseldienst sowie das Gesundheitsmanagement zur Sprache;** all dies wurde ausführlich diskutiert.

Den Darlegungen unseres Kollegen **Schmid** schlossen sich nach einer kurzen Pause die Ausführungen des Fachgruppensprechers **Jürgen Scheike** an. Zentraler Punkt war hier im Einklang mit

dem Landesvorsitzenden der Wunsch nach einem **Positionspapier** in Verbindung mit einer Berufsbildbeschreibung. Man einigte sich hier auf eine erste Arbeitssitzung im November dieses Jahres, um dann die Eckpunkte festzulegen.

Weitere Diskussionspunkte waren die Auswirkungen der **Rücknahme der Teilprivatisierung** und die damit verbundenen Abordnungen an die JVA Ofenbourg sowie die Umsetzung der **VWV Schicht- und Wechseldienst**.

Hierzu gab es auch weitergehende Problemschilderungen zu den Schwierigkeiten mit der neuen **VWV**. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Personalrat und Anstaltsleitung scheint nach Auffas-

sung der AG AVD und des Landesvorsitzenden immer noch der beste Weg zu sein, um eine sozial verträgliche Umsetzung der Vorschrift zu erreichen.

Was die **Abordnungen** betrifft, hoffen die Mitglieder der AG AVD, dass hier weiterhin auf die Freiwilligkeit der Kollegen und Kolleginnen gesetzt wird. Für die Zukunft wäre es von großem Vorteil, wenn vom Justizministerium hierfür ein „Masterplan“ erstellt und dieser dann auch dem **BSBD** zur Kenntnis und evtl. zur Stellungnahme gegeben werden würde.



Von links: Kollege Bayer, Kollegin Tisljar, Kollege Reichle, Kollege Scheike, Kollege Krabacher, Kollege Schmid und Kollege Baumann.

Foto: BSBD-BW

WWW.BGV.DE

**BGVA**

BADISCHE VERSICHERUNGEN

RUNDUMSCHUTZ  
IST BGV\*

\*BADISCH GUT VERSICHERT.

Sicherheit in einer Hand.

Sicherheit für Besitz, Gesundheit und Vermögen

Wir sind der Versicherer  
des öffentlichen Dienstes.

BGV / Badische Versicherungen

Durlacher Allee 56 // 76131 Karlsruhe // Telefon 0721 660-0 // Fax 0721 660-1688 // E-Mail service@bgv.de

JVA Offenburg: Moderne Bettenstation nicht belegt

## Das notwendige Pflegepersonal steht nicht zur Verfügung

Medizinischer Dienst und Krankenpflegedienst erstmals mit anerkannter Fortbildung

Da der Anstaltsleiter – Herr Wurdak – zunächst verhindert war, besichtigten die beiden Fachgruppen zuerst die Krankenabteilung. Bereits während dieses Rundgangs wurden Fragen zur Zusammenarbeit zwischen staatlichem und privatem Personal angesprochen.

Auch die Medikamentenausgabe konnte ausgiebig inspiziert werden. Die erstaunten Teilnehmer erfuhren, dass die moderne Bettenstation der JVA zurzeit leider nicht belegt werden könne, da für eine Rundumbetreuung nicht das notwendige Pflegepersonal zur Verfügung stehen würde. Auch dies sei ein Ergebnis der Teilprivatisierung. Da die Zukunft für die Privaten unsicher sei, könnten keine geeigneten Fachkräfte angeworben werden. Der erste Teil der Arbeitstagung fand seinen Abschluss in der Zusammenkunft mit dem Anstaltsleiter bei regem Gedankenaustausch. Danach wurde die Tagung in den Landgasthof Kranz in Ohlsbach verlegt. Herr Armin Löffler

von der *Firma Janssen-Cilag* erwartete die Teilnehmer bereits, um seinen Fortbildungsvortrag zum Thema: Hepatitis C – Was gibt es neues zu Diagnose und Therapie – zu präsentieren. Herr Hamacher und Herr Rose wiesen darauf hin, dass es damit erstmals gelungen sei einen Teil der Tagung zu zertifizieren und so den Ärzten „Fortbildungspunkte“ zukommen zu lassen. Es sei geplant auf diesem Weg weiter zu gehen. Die Tagungen der beiden Fachgruppen, die für ihre

Offenheit und flexible Leitung bekannt seien, böten zudem immer die Möglichkeit des ungezwungenen Gedankenaustauschs. Harro Rose wünschte sich bei der nächsten Tagung eine noch größere Anzahl Mediziner begrüßen zu dürfen. Bei den anschließenden fachgruppengetrennten Beratungen kümmerten sich der Krankenpflegedienst um die Themen Fortbildung und Kurzaufnahme, der Ärztliche Dienst um Fortbildung, Qualitätssicherung, Budgetierung, Besoldung und Aufwertung, Facharztausbildung und Nachwuchsgewinnung.

Den Abschluss für beide Gruppen bildete der vollzugspolitische Rück- und Ausblick durch den Kollegen Hamacher sowie die Wahl des nächsten Tagungsortes: nämlich Adelsheim. ham



Arbeitstagung mit regem Gedankenaustausch.

Foto: BSBD-BW

## Lebhafte Diskussion über Entwicklungen der vergangenen Monate

Fachgruppenvertretertagung Mittlerer Verwaltungsdienst in Waldburg bei Ravensburg

Die Fachgruppenvertreter Mittlerer Verwaltungsdienst trafen sich am 15. Juni 2012 in Waldburg bei Ravensburg. An dieser Tagung nahm auch der BSBD-Landesvorsitzende Alexander Schmid teil.

Er berichtete unter anderem aus dem Landesvorstand und von den politischen Geschehnissen in den letzten Monaten. Hierbei waren insbesondere die politische Entwicklung bezüglich der Besoldungseinschnitte und der Reaktionen des BBW Gesprächsthema.

Es wurde eine lebhafte Diskussion mit Alexander Schmid geführt. Hierbei gewannen die Tagungsteilnehmer den Eindruck, dass der Mittlere Verwaltungsdienst im BSBD Baden-Württemberg besser als seither wahrgenommen wird, wobei trotzdem noch Verbesserungsbedarf besteht. Auch der Sprecher der Arbeitsgruppe Mittlerer Verwaltungsdienst – Klaus Frank – berichtete von seiner Arbeit in den letzten Monaten. Hierbei wurden von ihm u. a. angesprochen:

• **Zentralisierung der Zahlstelle:** Sowohl Klaus Frank als auch Martin Nagel haben keine neuen Erkenntnisse.

• **Beförderungssituation:** Bedingt durch die Größe der Verwaltung halten sich die Beförderungen im mittleren Verwaltungsdienst in engen Grenzen. Große Hoffnungen werden jedoch auf die derzeit laufenden Stellenbeschreibungen im Funktionsstellenkatalog gesetzt. Klaus Frank wird deshalb auch im Gespräch mit Herrn Weik bleiben. Diskutiert wurde auch die Besetzung der Arbeitsgruppe Mittlerer Verwaltungsdienst. Bis auf Martin Wagner sind alle Mitglieder der Arbeitsgruppe zur Weiter-

arbeit in diesem Gremium bereit. Martin Wagner erklärte, dass er in nächster Zeit in eine Gemeindeverwaltung wechseln werde. Ihm gegenüber wurde der Dank der Arbeitsgruppe für seine Mitarbeit ausgesprochen.

Es wurde auch die Besetzung des Schriftführers der Arbeitsgruppe besprochen. Rainer Bittner erklärte sich bereit, bis zum Ende 2012 die Sitzungen zu protokollieren. Die nächste Sitzung der Arbeitsgemeinschaft findet im November 2012 in Stuttgart statt.



Im Bild v. l. n. r.: Josef Malmer, Alexander Schmid, Margarete Kreissl, Klaus Frank, Brigitte Heyer, Friedbert Fröhlich, Bettina Fischer, Martin Wagner, Andrea Hegele, Martin Nagel, Josef Zürn, Achim Zimmermann, Rainer Bittner.

Foto: BSBD-BW

*Badische Zeitung* vom 12. Juni 2012

## Beamter schmuggelte Drogen ins Gefängnis

In einem Berufungsverfahren räumt ein 46-Jähriger die Tat ein

**Mit einem überraschenden Geständnis wartete gestern ein seit September 2009 vom Dienst suspendierter Beamter der Justizvollzugsanstalt Freiburg in einer Berufungsverhandlung vor dem Landgericht auf. Der 46-Jährige räumte erstmals ein, im Dezember 2008 im Auftrag eines Gefangenen Drogen ins Gefängnis geschmuggelt und dafür 1000 Euro angenommen zu haben.**

Im Mai 2011 war der Beamte vom Amtsgericht Freiburg wegen Drogenhandels in Tateinheit mit Bestechlichkeit und unerlaubten Führens einer Schreckschusswaffe – er hatte die Pistole in seinem Spind im Gefängnis aufbewahrt – zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt worden. Seit gestern verhandelt das Landgericht die Berufung des Mannes. Reinen Tisch wolle er machen, begründete der 46-Jährige sein überraschendes Geständnis und versuchte sich bei seiner Frau und den Freunden zu entschuldigen, die bisher an seine Unschuld geglaubt hatten. Er sei davon ausgegangen, dass ihm die Tat nicht nachzuweisen sei.

### 2005 wurden erstmals Vorwürfe gegen den Angeklagten erhoben

1997 hatte sich der Handwerksmeister auf eine Stelle in den Werkstätten des Gefängnisses beworben und war angenommen worden. Drei Jahre später wurde er zum Beamten ernannt. In der Werkstatt hatte er Gefangene anzuleiten und zu beaufsichtigen. 2005, erklärte der Angeklagte, seien im Knast erstmals Vorwürfe gegen ihn erhoben worden.

Ein damals eingeleitetes Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Freiburg sei schließlich eingestellt worden. Der 46-Jährige ist sich dennoch sicher: „Mein guter Ruf bei den Kollegen hatte gelitten. Mein Eindruck war, dass sie mir gegenüber nicht mehr unbefangenen waren.“ Anfang Dezember 2008 war er laut eigener Aussage von einem Ge-

fangenen angesprochen worden, ob er etwas ins Gefängnis mitbringen könne. Eine solche „Testfrage“ müsse sofort den Vorgesetzten gemeldet werden. Das habe er dem Gefangenen geantwortet, es aber nicht getan, so der Angeklagte. Tage später habe der Gefangene ihn erneut gefragt und gleichzeitig damit gedroht, ihn wegen „früherer illegaler Vorgänge anzuzeigen“. Der 46-Jährige meldete das Ansinnen des Gefangenen deshalb nicht der Vollzugsleitung, sondern nahm von dem Gefangenen einen Zettel mit einer Telefonnummer an. Er meldete sich und vereinbarte mit dem Unbekannten die Übergabe eines Päckchens – „ich ging von Drogen aus“ – auf einem Parkplatz bei Vörstetten. Dort fand der Angeklagte das versteckte Päckchen am Abend des 9. Dezember 2011 und schmuggelte es am nächsten Tag ins Gefängnis. Er übergab es dem Gefangenen und erhielt im Gegenzug die 1000 Euro.

Am Ende seines Geständnisses versicherte der Angeklagte, dass ein in der Anklage als Hintermann des Schmuggels benannter Sicherungsverwahrter nichts mit der Sache zu tun habe. Dieser Mann musste zwischenzeitlich aus dem Gefängnis entlassen werden. Gegen ihn soll erst nach rechtskräftigem Abschluss des Verfahrens gegen den 46-Jährigen verhandelt werden.

Die Richter interessiert ganz offensichtlich, warum der Angeklagte diesen Sicherungsverwahrten so ausdrücklich in Schutz nimmt. „Ich habe einfach das Gefühl, dass da noch jemand anderer beteiligt war, dass die Geschichte nicht ganz rund ist“, merkte der Vorsitzende Richter **Bruno Schweizer** gestern kritisch an.

Mit auf der Anklagebank sitzt ein ehemaliger Häftling, der das Drogenpäckchen im Auftrag von aus Russland stammenden Landsleuten besorgt haben soll. Er war in erster Instanz wegen Drogenbesitzes und Beihilfe zur Tat des Beamten zu 15 Monaten Haft verurteilt worden. Der Prozess wird fortgesetzt.

*Autor: Peter Sliwka*

## An die Badische Zeitung Freiburg Leserbrief zum Thema Bestechlicher JVA-Beamter

### Sehr geehrte Damen und Herren der Badischen Zeitung!

Als Landesvorsitzender der Strafvollzugsgewerkschaft **BSBD (Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands)** habe ich mit großem Interesse Ihre Berichterstattungen (u. a. Artikel vom 12.06., 15.06. und 26.06.2012) zum Prozess gegen einen bestechlichen Vollzugsbeamten der JVA Freiburg verfolgt.

Ich möchte Ihnen für die – wie ich meine – ausgewogene und keinesfalls effekthascherische Berichterstattung danken. Sie haben sich wohlthuend in Ihrer Berichterstattung von anderen Printmedien abgehoben.

Erlauben Sie mir dennoch die Anmerkung, dass im Strafvollzug des Landes Baden-Württemberg ca. 3.700 Bedienstete täglich ihre Arbeit im Umgang mit einer ganz überwiegenden „Negativauslese“ der Gesellschaft verrichten, um diese Gesellschaft sowie ihre Bürger vor Straftaten zu schützen und zugleich die Straftäter zu resozialisieren. Wir verurteilen entschieden die Verfehlungen einzelner Bediensteter, aber ich denke schon, dass Ihnen auch bewusst wird, dass dies ein bedauerlicher Einzelfall ist und meine Kolleginnen und Kollegen durchweg als „anständige Menschen“ ihren Dienst ausüben.

Glauben Sie mir: Strafvollzug ist eine echte „Knochenarbeit“ und nötigt großen Respekt ab.

Übrigens: Im Strafvollzug sind 88 Prozent der Bediensteten im „mittleren Dienst“ angesiedelt, was bedeutet, dass ihre Bezahlung in der Höhe nicht annähernd dem entspricht, was in der Presse meinen Kolleginnen und Kollegen oftmals leider „vorgehalten“ wird. Für Rückfragen und weitere Erläuterungen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Alexander Schmid**

Landesvorsitzender

BSBD-Baden-Württemberg



Besuchen Sie uns im Internet: [www.bsbd-bawue.de](http://www.bsbd-bawue.de)

Badische Zeitung vom 18. Juli 2012

## Sichere Sicherungsverwahrung?

Kritiker fürchten, dass Geld- und Personalmangel in der JVA Freiburg Risiken schaffen

**FREIBURG.** Was die zwei Männer am Montag vor den Toren der Freiburger Justizvollzugsanstalt (JVA) eint, ist die Sorge: Karl Zimmermann, Strafvollzugsbeauftragter der CDU-Landtagsfraktion, und Gerhard Maurer-Hellstem, Justiziar im Landesverband der Gewerkschaft Strafvollzug, sorgen sich um die Sicherungsverwahrung für gefährliche Straftäter im Land. Geldmangel des Landes, Personalknappheit in der JVA und die sich daraus ergebenden Sicherheitsrisiken treiben sie um.

Drei Jahre ist es her, dass der Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg entschieden hat: Die Sicherungsverwahrung, die dem Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tätern dient, müsse sich fortan wesentlich von einer Straftaft unterscheiden. Deshalb wird in der JVA Freiburg die für Baden-Württemberg zentrale Einrichtung zur Sicherungsverwahrung geschaffen. Es mussten Einzelzimmer, Gemeinschafts- und Therapieräume für die Sicherungsverwahrten her. Außerdem war das Freizeit- und Therapieangebot zu erweitern.

„Man hat die Aufgaben vermehrt und das Personal verringert“, sagt **Maurer-Hellstem**, der neben seinem Amt in der Gewerkschaft Strafvollzug auch stellvertretender Leiter der JVA Freiburg ist.

Ursprünglich habe er sich bei seinem Besuch in der JVA Freiburg nur davon überzeugen wollen, dass die Sicherungsverwahrung tatsächlich bestens aufgestellt sei, wie es aus dem Justizministerium der grün-roten Landesregierung verlautete, so **Zimmermann**. „Und was habe ich entdeckt? Eine Misere“, sagt der CDU-Politiker. **Maurer-Hellstem** nickt zustimmend.

Unter Misere verstehen die beiden Männer, dass landesweit nur 16 neue Stellen für die Sicherungsverwahrung geschaffen wurden. In Hessen, einem Land mit weniger Sicherungsverwahrten als Baden-Württemberg, seien es 47.

Am meisten beunruhigt **Zimmermann** und **Maurer-Hellstem**, dass von den acht Stellen für die Sicherungsverwahrung in Freiburg nur zwei für klassische NA-Bedienstete vorgesehen sind – obwohl es sich bei der Klientel um Sexual- und Gewaltstraftäter handelt – „hochgefährlich“, so die Einschätzung



**Gerhard Maurer-Hellstem und Karl Zimmermann sorgen sich um den Justizvollzug.** Foto: janz

**Zimmermanns.** „So wie wir derzeit personell besetzt sind, kann nicht immer ein Vollzugsbeamter auf Station anwesend sein“, ergänzt **Maurer-Hellstem**.

Müsse ein Beamter einen der 40 Sicherungsverwahrten in Freiburg auf einen Außentermin begleiten, seien die anderen sich schon mal selbst überlassen. Eine Therapeutin habe soeben gekündigt mit dem Argument, die JVA Freiburg könne ihre Sicherheit nicht gewährleisten. „Um genug Personal für die Sicherungsverwahrung zu haben, müsste man in der Straftaft räubern“, sagt **Maurer-Hellstem**. „Und das würde den hohen Standards dort schaden“, ergänzt **Zimmermann**. Der CDU-Abgeordnete fordert vom SPD-Justizminister, schnell Abhilfe zu schaffen. *Autor: Charlotte Janz*

## Aktuelle Lage der Sicherungsverwahrung bei der JVA Freiburg

BSBD-Landesvorstand informiert (Stand 13. September 2012)

**Auf weitere Anfrage des Strafvollzugsbeauftragten der CDU-Landtagsfraktion – Karl Zimmermann MdL – hat das BSBD-Vorstandsmitglied Gerhard Maurer-Hellstem ihm folgende E-Mail zugesandt:**

*Sehr geehrter Herr Zimmermann,* herzlichen Dank zunächst für die Gelegenheit, die aktuelle Lage in der JVA Freiburg im Zusammenhang mit der Neuregelung der Sicherungsverwahrung (SV) darstellen zu können. Aufgrund Ihrer deutlichen Intervention bei Herrn Justizminister **Stichelberger** nach Ihrem Besuch hier in Freiburg ist zwar etwas Bewegung in die Sache gekommen, es bleiben aber noch viele „Baustellen“ offen.

Das Hauptproblem sehe ich aktuell darin, dass es für die Zuweisung von Haushaltsmitteln und Personalstellen nach wie vor im Wesentlichen nur mündliche Zusagen gibt. Lediglich zwei neue Personalstellen im **AVD** sind für die **SV** derzeit gesichert. Wo die benötigten weiteren

Beamten herkommen sollen, ist noch völlig unklar. So besteht weiterhin die Befürchtung, dass das zusätzliche Personal aus dem Straftaftbereich – sei es nun in Freiburg oder anderswo – abgezogen und damit zu einer Verschlechterung der dortigen Behandlungsangebote und der Sicherheitsbelange führen wird. Diese Gefahr hat sich angesichts der Nachfragen aus dem Justizministerium, wo im Straftaftbereich Einsparungen erfolgen könnten, weiter konkretisiert. Als Argument hierfür wird geradezu gebetsmühlenhaft der derzeit niedrige Gefangenenzustand bemüht. Daraus ergibt sich aber vor allem im Bereich des **AVD** kein nennenswertes Einsparpotential, dann es ist einerlei, ob auf einer Abteilung 40 oder „nur“ 30 Gefangene untergebracht sind, die sicher beaufsichtigt und betreut werden müssen. Außerdem gab es zu Zeiten der Hoch- und Höchstbelegung nie personelle Verstärkungen; mit welchem Recht fordert man denn jetzt Reduzierungen? Übrigens: die Personalzahlen

und -zuteilungen wurden immer nach der Belegungsfähigkeit der Anstalten und nie nach der tatsächlichen Belegung berechnet.

Auch die Haushaltsmittel fließen äußerst unzureichend, wodurch sich zum einen die dringend notwendigen Baumaßnahmen verzögern (Besprechungsräume, Kameraüberwachung, Haftraumausstattung etc.). Dies führt dazu, dass wichtige Behandlungsmaßnahmen (Therapiegespräche, Gruppen etc.) nicht durchgeführt werden können. Zum anderen wäre angesichts der höchst schwierigen Klientel, die sich mittlerweile nur noch hingehalten fühlt und entsprechend problematisch reagiert, dringend Geld erforderlich, um für die stark belasteten Bediensteten (Gruppen-)Supervision sowie Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zu finanzieren. Ohne fachliche und professionelle Unterstützung hält diese Anspannung und Belastung auf Dauer niemand aus.

Dies gilt natürlich nicht nur für die **AVD**-Bediensteten, sondern in zumin-

dest gleichem Maße für die Fach- und Sonderdienste. In der SV in der JVA Freiburg hat man es bekanntermaßen mit einer Extremklientel zu tun, bei der im Vorfeld schon die meisten Behandlungsbemühungen gescheitert sind. Bereits jetzt wird anschaulich davon berichtet, dass es in der kurzen Zeit der intensiveren Behandlung vermehrt zu Aggressionen, Ablehnung und Abwertungen bis hin zu Beleidigungen und Widersetzlichkeiten gekommen sei. Hier muss man klar auf die **Gefahr der Überforderung** des therapeutischen Personals hinweisen, auch vor dem Hintergrund der zu erwartenden, hohen gesetzlichen Anforderungen an Art und Rhythmus von Behandlungsmaßnahmen, die ja nach dem Urteil des BVerfG unter der Qualitätsmerkmal **„freiheitsorientiert und therapiegerichtet“** zu stehen haben. Ich habe nicht den Eindruck, dass man diese Problematik seitens der Aufsichtsbehörde und der verantwortlichen Politik in der notwendigen Klarheit erkannt hat. Es frustriert die Kolleginnen und Kollegen zunehmend, dass offensichtlich keine Bereitschaft besteht, nicht einmal einen Betreuungsschlüssel wie in der Sozialtherapeutischen Anstalt anzustreben (in Freiburg z.B. derzeit ca. dreieinhalb Psychologenstellen, gegenüber fünf auf dem Hohenasperg), obwohl sich dort eine deutlich zugänglichere und behandlungsbereitere Klientel aufhält, die im Übrigen bei einem Scheitern dort schlicht wieder in die Stammanstalt oder eine andere Vollzugseinrichtung rückverlegt wird.

Eine solche Möglichkeit besteht für die JVA Freiburg bei den Sicherungsverwahrten nicht, man ist sozusagen „auf Gedeih und Verderb“ aneinander gebunden. Angesichts der vorgesehenen verstärkten Behandlungsbemühungen in der JVA Bruchsal bei Gefangenen mit anschließender notierter Sicherungsverwahrung – die ja dann nur noch ultima ratio sein wird – wird dies vermehrt dazu führen, dass für Freiburg nur noch ein Extremklientel übrig bleibt, das schon von verschiedenen Seiten mit dem hässlichen, aber vielleicht doch zutreffenden Verdikt „Bodensatz“ beschrieben worden ist.

Des weiteren wird dringend Geld benötigt für Diagnostik- und Prognoseverfahren. Hier sitzt der Anstalt auch die Rechtsprechung im Nacken, insbesondere das als sehr kritisch bekannte OLG Karlsruhe. Das Argument, dass die Anstalt zwar Therapie- und Behandlungsmaßnahmen plant, aber mangels Geld nicht umsetzen kann, wird die Rechtsprechung den Verantwortlichen um „die Ohren hauen“! Man kann mit diesen langfristigen Maßnahmen auch keinesfalls warten bis zu dem vom Verfassungs-

gericht festgesetzten Stichtag am 31. Mai 2013. Wenn sich nicht schnell etwas Entscheidendes bewegt, wird das OLG Karlsruhe danach im schlimmsten, aber durchaus realistischen Fall beginnen, Verwahrte ohne Rücksicht auf die Prognose zu entlassen. Die Folgen wären sowohl justiz- und sicherheitspolitisch als auch gesellschaftlich eine einzige Katastrophe. Abschließend darf ich Ihnen – lieber Herr **Zimmermann** – nochmals auch im Namen des **BSBD**-Landesvorstands ver-

sichern, wie sehr wir Ihr unermüdliches Engagement für den gesamten Bereich des Justizvollzugs wertschätzen. In Ihnen haben wir einen wirklichen Streiter für unsere Anliegen und berechtigte Sorgen in unserem schwierigen Arbeitsfeld an der Seite. Wir wären froh, wenn wir dies in Bezug auf alle im Landtag vertretenen Fraktionen mit gleicher Überzeugung sagen könnten.

*Herzliche Grüße  
Ihr Gerhard Maurer-Hellstern*

Justizministerium Pressestelle

## Sicherungsverwahrung wird neu geregelt

Justizminister Stichelberger: Verfassungskonforme Grundlage schaffen

**Sicherungsverwahrte haben Anspruch auf Therapie und Behandlung, – Die Sicherungsverwahrung muss sich von Straftat abheben. – Baden-Württemberg regelt die Sicherungsverwahrung neu: Ein entsprechender Gesetzentwurf geht nun in die Anhörung, er war Ende Juli von der Landesregierung beschlossen worden.**

Ziel des Entwurfs ist es, eine verfassungskonforme Grundlage für die Sicherungsverwahrung zu schaffen. Denn das Bundesverfassungsgericht hatte in einem Urteil vom 4. Mai 2011 deren bisherige Ausgestaltung für grundgesetzwidrig erklärt. „Mit dem Gesetzentwurf kommen wir den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts nach“, sagte Justizminister **Rainer Stichelberger** am Dienstag (7. August 2012) in Stuttgart. „Das bedeutet vor allem, dass es künftig einen Anspruch auf Behandlung und Therapie gibt und dass sich die Sicherungsverwahrung deutlich von der Straftat abheben muss.“ Darüber hinaus sieht der Entwurf vor, dass die Entlohnung der untergebrachten Personen für Arbeit, Arbeitstherapie oder schulische und berufliche Bildung erhöht wird. Eine Arbeitspflicht, wie sie in Baden-Württemberg während der Straftat gilt, gibt es nicht.

### Eigenständiges und gesondert zugängliches Gebäude

Außerdem besteht die Möglichkeit, dass die Untergebrachten sich selbst verpflegen. In diesem Fall erhalten sie Zuschüsse oder Sachleistungen wie Nahrungsmittel. In einem eigenständigen und gesondert zugänglichen Gebäude auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Freiburg, wo ein großer Teil der Sicherungsverwahrten in

Baden-Württemberg untergebracht ist, steht deshalb in jeder Wohngruppe eine Küche zur Verfügung. Außerhalb der Nachtruhe können sich die Untergebrachten im Gebäude weitgehend frei bewegen und den dazugehörigen Hof nutzen. Monatlich stehen ihnen mindestens zehn Stunden Besuchszeit zu, das sind neun Stunden mehr als in der Straftat.

„Das Bundesverfassungsgericht hat uns die Aufgabe gestellt, die Sicherungsverwahrung unter dem Vorzeichen der Resozialisierung neu zu ordnen“, erklärte der Justizminister: „Dafür machen wir unter anderem Therapieangebote im Vorfeld wie auch im Rahmen der Sicherungsverwahrung, wir stärken die Außenkontakte während der Besuchszeiten und bieten Anreize für Arbeit, Arbeitstherapie und Bildung.“

Die Anhörung zum Gesetzentwurf zur Neuregelung der Sicherungsverwahrung dauert bis Mitte September. Anschließend wird der Entwurf im Landtag beraten. Dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zufolge dürfen die bisherigen Regelungen längstens bis zum 31. Mai 2013 angewendet werden.

### Weitere Informationen:

Der Entwurf für das „Gesetz zur Schaffung einer grundgesetzkonformen Rechtsgrundlage für den Vollzug der Sicherungsverwahrung in Baden-Württemberg“ basiert auf der Vorlage einer Länderarbeitsgruppe. Diese war von der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister im Mai 2011 eingesetzt worden, um weitgehend einheitliche Standards in der Sicherungsverwahrung gewährleisten zu können. Mitte Juni dieses Jahres billigten die Justizministerinnen und Justizminister der Länder die Ergebnisse der Arbeitsgruppe.

Zusammenkunft in Stuttgart

## Landesvorstand traf JM Stichelberger



Im Bild v.l.: OV-Vorsitzender Rexter, Ministerialdirigent Futter, Landesvorsitzender Schmid, Justizminister Stichelberger, stv. Landesvorsitzende Ensle-Bohn, Justitiar Maurer-Hellstern, stv. Landesvorsitzender Konrath, Pressereferent Klotz, stv. Landesvorsitzender Neureuther. Foto: BSBD-NRW

### Besprechungspunkte waren:

- Umsetzung der Planungen zur **Neugestaltung der Sicherungsverwahrung** in den Justizvollzugsanstalten Freiburg und Bruchsal (personelle und bauliche Entwicklungen),
- „**Rückabwicklung**“ des teilprivatisierten Betriebes in der **JVA Offenburg** („Masterplan“ und sozialverträgliche personelle Maßnahmen),
- Fortschreibung und konkrete Umsetzungen des **Haftplatzentwicklungsprogramms 2015** (Schließungen von kleinen Vollzugseinrichtungen wie Außenstellen Heidenheim und Heidelberg mit allen Konsequenzen)\*

Diese o. g. Themen standen bei der diesjährigen Zusammenkunft des **BSBD**-Landesvorstandes mit Justizminister **Rainer Stichelberger** am 11. Juni 2012 in Stuttgart auf dem Programm.

\*Die beiden letztgenannten Punkte werden an anderer Stelle in dieser **VOLLZUGSDIENST**-Ausgabe behandelt.

Red.

© Stuttgarter Zeitung, 7. Juli 2012

## Grün-Rot und Beamte messen die Kräfte

Von Reiner Ruf

Stuttgart – Seit Monaten schwelt der Streit zwischen Regierung und Staatsdienern. Für beide Seiten geht es um viel. Wilde Kampfgesänge bestimmen das Verhältnis der grün-roten Landesregierung und der Beamtenschaft. Das war von beiden Seiten eigentlich anders erwartet worden.

Im Vorfeld der Wahl 2011 hatten sich der Beamtenbund und die SPD noch unter heiligen Eiden verbrüdet. SPD-Fraktionschef **Claus Schmiedel** versprach eine ‚geliebte Sozialpartnerschaft‘, **Volker Stich**, der Landeschef des Beamtenbunds, erhoffte sich Einfluss auf die Beamtenpolitik.

Zumindest mit Blick auf die SPD sah er sich auf gutem Wege, die Beziehungen der Beamtenvertreter zu den Grünen hingegen sind mindestens kühl, wenn nicht frostig. Denn obwohl die Grünen von Teilen der Beamtenschaft rege gewählt werden, ist ihnen das Staatsdienerwesen fremd geblieben. Vor allem aber halten sie es in der jetzigen Form für kaum mehr finanzierbar.

**Stichs** ganzes Sinnen und Trachten richtete sich nach dem Regierungswechsel im März 2011 darauf, mit Grün-Rot eine Vertrag hinzubekommen, einen Pakt, so wie er ihn schon einmal abschließen konnte. 2006 war das.

In der Villa Reitzenstein regierte **Günther Oettinger**, der darauf abzielte, mit allerlei Bündnissen alle erreichbaren gesellschaftlichen Gruppen in seine Politik einzubinden. **Stich** war dabei. Der Beamtenbund nahm Abstriche beim Weihnachtsgeld der Staatsdiener hin, zugleich wurde diese Sonderzahlung aber ins Monatsgehalt integriert und damit dem direkten Zugriff der Regierung entzogen. Zudem gelobte **Oettinger** feierlich, fortan Ruhe zu geben. Ein Versprechen, das er einhielt. Dergleichen ist **Stich** mit Grün-Rot noch nicht gelungen. Nach allerlei gutem jedoch vergeblichem Zureden wechselte er die Tonlage, verzockte sich aber mit der Kundgebung Anfang März in der Stuttgarter Liederhalle.

Die Wutattacken der Beamten verschreckten auch wohlmeinende Beobachter. Diskutiert wurde hinterher nicht über Einsparungen bei den Beamten, sondern darüber, wie sich Staatsdiener zu benehmen haben. Effekte gab es bei Grün-Rot dennoch. Bei den jüngsten

### NACHRUF

Der **BSBD**-Landesverband Baden-Württemberg hat sein hochangesehenes langjähriges Ehrenmitglied verloren:

## Hermann Scham

Regierungsdirektor i.R.

Sein erfülltes Leben ist im Alter von 92 Jahren zu Ende gegangen.

Kollege **Hermann Scham** war Anstaltsleiter in Ludwigsburg, auf dem Hohenasperg und in Heilbronn. Seine von hohem Verantwortungsbewusstsein geprägte Arbeit und Haltung hat er ebenso in seine ehrenamtliche Tätigkeit im **BSBD** eingebracht, dem er sehr früh beigetreten ist. In den Jahren von 1960 bis 1976 war er als Referent für Aus- und Fortbildung im Landesvorstand tätig. 1980 wurde er vom Landeshauptvorstand zum Ehrenmitglied ernannt.

**Hermann Scham** hat stets sehr aktiv in der Verbandsarbeit mitgewirkt und durch seine hohe Sachkunde und Überzeugungskraft viele Entwicklungen angestoßen und ins Ziel gebracht. Auch im Ruhestand hat er – wann immer möglich – als Ehrenmitglied an den Sitzungen des Landeshauptvorstands teilgenommen. Hier waren sein kluger Rat, seine rücksichtsvolle Ausgewogenheit, aber auch seine Bestimmtheit und sein feinsinniger Humor eine stets willkommene und vorbildliche Bereicherung.

**So werden wir ihn vermissen, aber auch in bleibender Erinnerung behalten und ihm allzeit ein ehrendes Gedenken bewahren.**

Für den Landesverband und den Landesvorstand:

**Alexander Schmid**  
Vorsitzender

Spargesprächen offerierte Finanzstaatssekretär **Ingo Rust** (SPD) den Beamtenvertretern eine Acht-Punkte-Liste, die im kommenden Jahr für den Landesetat eine übersichtliche zweistellige Millionen-summe erbringt.

**Ingo Rust** wirbt um die Beamtenlobbyisten mit dem Hinweis auf die unterschiedliche Rollenverteilung: „Die Regierung muss den Landesetat konsolidieren, die anderen müssen die Beamteninteressen vertreten.“

Immerhin: Einschnitte bei der Beihilfe im Krankheitsfall für neu eingestellte Beamte brächte einen dreistelligen Einsparbetrag.

**Stich** werkelt weiter an seinem großen Wurf: dem Vertrag mit Grün-Rot, der den Besitzstand der Staatsdiener absichert. Deswegen baut er neuen Druck auf: Seinem Landesvorstand will er empfehlen, die Vorschläge der Regierung abzulehnen – verbunden mit der Forderung nach einem neuen Pakt. Nächstes Jahr verhandelt die Tarifgemeinschaft der Länder über Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst.

**Stich** erwartet ein saftiges Gehaltsplus – um die sechs Prozent für zwei Jahre. Das Ergebnis müsse zeit- und wirkungsgleich auf die Beamten im Land übertragen werden, „dann hätte die Regierung die Chance, endlich Ruhe in den Karton zu bekommen“.

**Stich** pokert hoch. Sein Vorschlag würde die Etatplanung der Regierung sprengen. Letztlich fußt seine Strategie auf dem Kalkül, dass Grün-Rot auf die Wählerstimmen der Beamten nicht verzichten will. Die Frage ist nur, ob die Beamten ihrem Lobbyisten dabei folgen.

## Diese Ziele verfolgen die Protagonisten:

### Beamtenbund

**Volker Stich**, der Landeschef des Beamtenbundes lehnt die Einsparvorschläge der Regierung ab. Dabei geht es unter anderem um eine niedrigere Eingangsbesoldung im gehobenen und im höheren Dienst und um Einschränkungen bei der Beihilfe im Krankheitsfall für neu eingestellte Beamte. CDU-Mitglied **Stich** will mit Grün-Rot einen Vertrag zur Besitzstandsicherung der Staatsdiener aushandeln wie 2006 mit **Günther Oettinger**.

### DGB

**Nikolaus Landgraf** vertritt als DGB-Landesschef die Interessen der Beamtenschaft. Der DGB vertritt die Position, „Dass der Landesetat nicht auf dem Rücken der Beschäftigten saniert“ werden könne. Effizienzgewinne in der Verwaltung sind erwünscht, sie dürfen aber nicht zu einer Arbeitsverdichtung führen. Stellenkürzungen sieht man äußerst kritisch. Für eine solide Staatsfinanzierung bleiben dann allerdings nur höhere Steuern.

### Regierungslager

Grob gezeichnet teilt sich die Koalition in zwei Lager auf: hier die Beamtenfreunde unter Führung des SPD-Fraktionschefs **Claus Schmiedel**. Dort die Beamtenflederer bei den Grünen, die Einschnitte verlangen. Zum Beispiel bei der Beihilfe im Krankheitsfall. Allerdings stellt die SPD mit **Nils Schmid** den Finanzminister. Und der weiß, dass er den Etat nicht in den Griff bekommt wenn die Personalkosten immer nur steigen. *rer*

© Stuttgarter Zeitung, 10. Juli 2012

## Der Juni bringt dem Fiskus gute Zahlen

Die Entwicklung der Steuereinnahmen ist 2012 sprunghaft: Einem starken April folgte ein schwacher Mai; der Juni war dafür für die Landeskasse wieder sehr einträglich. Die Einnahmen des Fiskus überboten den Juni 2011 um satte 12,8 Prozent.

Mit knapp 14,4 Milliarden Euro Einnahmen sind – man sollte meinen: wie es sich fürs Halbjahr gehört – fast die Hälfte der 2012 laut Haushalt erwarteten Steuereinnahmen tatsächlich auch eingetroffen. Exakt waren es 49,7 Prozent. Freilich schwankt der Zufluss an den Fiskus von Quartal zu Quartal stark. Traditionell ist das erste Vierteljahr das steuerschwächste, das zweite im Jahreslauf das zweitbeste, das Weihnachtsquartal das beste.

2012 ist dem bisherigen Verlauf nach tendenziell schwächer. Im vergangenen Jahr waren nach einem halben Jahr bereits 51,6 Prozent der prognostizierten Steuereinnahmen realisiert, im bisherigen Rekordjahr 2008 waren es 51,4 Prozent. Die unangefochten einträglichste Quelle ist die Lohnsteuer. Im Juni übertraf sie den Vorjahresmonat um 6,5 Prozent (mit knapp 930 Millionen Euro), im ersten Halbjahr den Vorjahreszeitraum um 5,3 Prozent (mit knapp 4,9 Milliarden Euro). Die von Grün-Rot im November verteuerte Grunderwerbsteuer lag im Juni mit 91 Millionen Euro um 34,7 Prozent über dem Vorjahreswert, zum Halbjahr um 31,3 Prozent. *tb*

© BNN, 19. Sept. 2012

## Beim Sparen wird

gespart von Wolfgang Voigt

Als der heutige Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** noch Fraktionschef der oppositionellen Grünen war, umgab er sich gern mit dem Nimbus des grundsoliden Haushälters: Wo ein Wille zum Sparen, dort sei auch ein Weg, mahnte der Schwabe gern. **Kretschmann** inszenierte sich als Mitinitiator der Schuldenbremse im Bundesrat, und, er jazzte die Erwartungen des Wahlvolks entsprechend in die Höhe. Mit Grün-Rot – das meinten nicht nur die besonders Naiven im Land – werde der Schuldenberg endlich eingeebnet. Pustekuchen.

Der erste allein von Grün-Rot verantwortete Entwurf für einen Doppelhaushalt ist weder ein Zeugnis engagierten Sparens,

noch ist an irgendeiner Stelle ausgeprägter Gestaltungswille erkennbar. Es spricht für sich, dass zu dem geforderten Einsparbeitrag von 800 Millionen Euro nun Umschichtungen von weiteren 200 Millionen hinzukommen, die Grünen und Sozialdemokraten unter die Leute bringen wollen.

Die Beamten im Land, die nach Vorstellung der Regierung merkliche Einkommensopfer bringen müssen, legen sich quer. Beim zentralen Punkt, der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung der Angestellten-Tarifergebnisse auf die Beamtensoldung, haben sich die Verhandlungsparteien bislang keinen Millimeter angenähert.

Sollte die Regierung trotz des fehlenden Einvernehmens mit den Gewerkschaften die angestrebten Einsparungen durchsetzen, ist das Tisch Tuch zwischen Grün-Rot und den Staatsdienern erst einmal

durchschnitten. Das wäre deshalb desaströs für die Regierung, zumal viele Beamte große Erwartungen an Grün-Rot geknüpft hatten.

Regierungschef **Kretschmann** und sein Vize **Nils Schmid** müssen sich über die harte Linie der Staatsdiener nicht wundern: Angesichts des bis zuletzt äußerst verhaltenen Rotstift-Einsatzes beim Durchforsten des Haushaltes und der geradezu verschwenderischen Personalpolitik innerhalb der Ministerien ist der Eindruck nicht ganz von der Hand zu weisen, dass nun den letzten die Hunde beißen. Und das sind die Beamten.

Auch wenn es viele neue Pflichtaufgaben gibt, deren Finanzierung zwingend ist, so hat es die Regierung dennoch nicht fertiggebracht, ein umfassendes Bewusstsein für die Unausweichlichkeit eisernen Sparens zu schaffen, mindestens das muss man ihr vorwerfen.



### Liebe BSBD-Mitglieder!

Wie wäre es mit einer Städtereise? In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Beamtenbund bekommen **BSBD-Mitglieder** in vielen Städten Deutschlands Sonderkonditionen.

**Weitere Informationen bekommt ihr von eurem Ortsverbandsvorsitzenden.**

Das Angebot gilt bis Ende 2012.

Der **BSBD** vermittelt nur die Vorteilsangebote und übernimmt hierfür keinerlei Gewährleistung. Anbieter sind die Hotels in Kooperation mit dem **dbb!**

## Mitgliedervorteile



## BAYERN

# Erster Baggerstich in der Justizvollzugsanstalt Aichach

Ein Neubau ist notwendig, weil das über 100 Jahre alte Gebäude nicht mehr saniert werden kann

Am 2. Juli 2012 fand für die Justizvollzugsanstalt (JVA) Aichach und die Stadt Aichach der Startschuß für ein großes Investitionsprogramm des bayerischen Strafvollzuges statt. Auf dem Gelände der JVA Aichach entsteht in den kommenden drei Jahren auf einer Nutzfläche von etwa 3.400 qm und für eine Gesamtinvestitionssumme von ca. 18,2 Mio. EUR ein neues, modernsten energetischen und technischen Standards entsprechendes Versorgungszentrum.

Es wird künftig u. a. Heimat der Küche für die JVA Aichach sein und die Wäscherei und die Bäckerei zur Versorgung von über 1.300 Inhaftierten in der JVA Aichach und der neuen JVA Augsburg beherbergen. Der Neubau ist notwendig, weil das derzeitige, über 100 Jahre alte und ursprünglich für deutlich weniger Gefangene konzipierte Wirtschaftsgebäude nicht mehr wirtschaftlich saniert werden kann.

Der Leiter der JVA Aichach, Regierungsdirektor **Konrad Meier** begrüßte die anwesenden Ehrengäste. Sein besonderer Gruß galt der Bayerischen Staatsministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, **Dr. Beate Merk** und auch den beiden anwesenden MdL **Angelika Schorer** und **Dr. Simone Strohmayer**,

die beide Anstaltsbeiräte der JVA Aichach sind. Ebenfalls begrüßte er den Leiter der Abteilung F, Ministerialdirigent **Prof. Dr. Frank Arloth** und den Leiter des Haushaltsreferats der Abteilung F, **Ltd. Ministerialrat Peter Holzner**, aus dem Justizministerium.

Seitens unseres Landesverbandes, dem **JVB**, nahm Kollege **Helmut Müllner** (stv. Landeschatzmeister) als Berichterstatter für die **JVB-Presse** an der Feierstunde teil. Eigentlich hätte Justizministerin **Dr. Merk** die Festrede halten sollen. Sie war jedoch wegen einer Erkältung ‚stimmlos‘. In Vertretung übernahm **Prof. Dr. Arloth** dann diesen Part der Veranstaltung. Es wurde hervorgehoben, dass ein neues Versorgungszentrum für die Justizvollzugsanstalt und die Gefan-



**Der Leiter der JVA Aichach, Regierungsdirektor Konrad Meier, begrüßt die Gäste.**

Fotos: (3) JVB

genen unverzichtbar sei. Nun wird mit dem Baggerstich der Startschuß für den Neubau des Versorgungszentrums in der Justizvollzugsanstalt Aichach gegeben. Ein modernes Versorgungszentrum ist von eminenter Wichtigkeit für die Justizvollzugsanstalt. Wörtlich hatte die Ministerin vorbereitet: „**Ich will nicht, dass die Inhaftierten in Aichach und auch in der im Bau befindlichen Justizvollzugsanstalt Augsburg allein durch externe Firmen versorgt werden müssen. Je mehr Versorgungsfahrzeuge in die Justizvoll-**